




Gewässerrandstreifen in Baden-Württemberg

 Anforderungen und praktische Umsetzung



Baden-Württemberg

Gewässerrandstreifen in Baden-Württemberg

 Anforderungen und praktische Umsetzung



Baden-Württemberg

HERAUSGEBER	WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH Karlstraße 91, 76137 Karlsruhe LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
BEARBEITUNG	Büro am Fluss e.V. Schillerstraße 27, 73240 Wendlingen am Neckar Bianca Arnold, Johannes Reiss, Annette Schneider Projektbegleitende Arbeitsgruppe: Dr. Lynette Lauer, Armin Stelzer, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg Dr. Andreas Dölz, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg Michael Ortlieb, Regierungspräsidium Freiburg Andreas Ilg, Regierungspräsidium Stuttgart Hans-Peter Wöllner, Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis Kerstin Koschorke, Landratsamt Karlsruhe Claudia Göllner, Landratsamt Ludwigsburg Iris Steger, Landratsamt Ravensburg Michael Koch, Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis Oliver Huber, Landratsamt Ostalbkreis Angelika Lugibihl, Stadt Korntal-Münchingen Dr. Sandra Röck, Ann Zirker, Thorsten Kowalke, WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH Bernd Karolus, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
GESTALTUNG & SATZ	Büro am Fluss e.V.
STAND	November 2015

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Zustimmung der LUBW und WBWF unter Quellenangabe und Überlassung von Belegexemplaren gestattet.

8 FRAGEN - 8 ANTWORTEN		6
1	EINLEITUNG	8
2	RECHTLICHE GRUNDLAGEN	9
2.1	Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Wassergesetz (WG)	9
2.2	Weitere rechtliche Regelungen	16
3	FACHLICHE ANFORDERUNGEN	19
3.1	Grundlegende Ziele im Wasserhaushaltsgesetz	19
3.2	Anforderungen aus § 38 Absatz 1 WHG	20
4	PRAKTISCHE UMSETZUNG	26
4.1	Bemessung des Gewässerrandstreifens in der Praxis	26
4.2	Feststellung der Gewässer mit Gewässerrandstreifen	29
4.3	Gewässerbegleitende Vegetationsstrukturen	31
4.4	Gewässerrandstreifen im Außenbereich	34
4.5	Gewässerrandstreifen im Innenbereich	43
4.6	Grundsätzliche Hinweise für die Pflege und Entwicklung von Gewässerrandstreifen	47
4.7	Finanzierungsmöglichkeiten	49
5	GLOSSAR	52
6	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	54
7	RECHTSQUELLENVERZEICHNIS	56
8	LITERATURVERZEICHNIS	58
ANHANG		60

8 Fragen - 8 Antworten

1. WAS IST EIN GEWÄSSERRANDSTREIFEN?

Der Begriff **Gewässerrandstreifen** beschreibt einen gesetzlich festgelegten, an ein oberirdisches Gewässer angrenzenden Bereich, in dem bestimmte Nutzungsgebote bzw. -verbote gelten. [siehe Kapitel 2.1.3](#)

2. WELCHEN NUTZEN HAT DER GEWÄSSERRANDSTREIFEN?

„**Gewässerrandstreifen** dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen“ (§ 38 Abs. 1 WHG). [siehe Kapitel 3.1 und 3.2](#)

3. AN WELCHEN GEWÄSSERN GIBT ES EINEN GEWÄSSERRANDSTREIFEN?

Einen **Gewässerrandstreifen** gibt es an allen oberirdischen, also an allen fließenden und stehenden Gewässern mit Ausnahme von Gewässern von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Das Amtliche Digitale Wasserwirtschaftliche Gewässernetz (**AWGN**), das im Internet öffentlich verfügbar ist, zeigt die oberirdischen Gewässer in Baden-Württemberg. Bei der Entscheidung, ob es sich bei einem Gewässer um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt, dient das AWGN als Orientierungshilfe. Ist ein Gewässer nicht im AWGN aufgeführt, so können Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigte zunächst davon ausgehen, dass es sich um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt. In Zweifelsfällen entscheidet die untere Wasserbehörde bei den Stadt- und Landkreisen. [siehe Kapitel 4.2](#)

4. WIE WIRD DER GEWÄSSERRANDSTREIFEN BEMESSEN?

„Der **Gewässerrandstreifen** umfasst das **Ufer** und den Bereich, der an das Gewässer landseits der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter **Böschungsoberkante** ab der Böschungsoberkante“ (§ 38 Abs. 2 WHG). Die bemessene Breite beträgt im **Außenbereich** zehn Meter und im **Innenbereich** fünf Meter (§ 29 Abs. 1 WG). [siehe Kapitel 4.1](#)

5. WIE WIRD DER INNEN- VOM AUSSENBEREICH ABGEGRENZT?

Als **Innenbereich** gelten Flächen innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen sowie überplante Gebiete (§§ 30 - 34 BauGB). Alle übrigen Flächen werden dem **Außenbereich** zugeordnet (§ 35 BauGB). In Zweifelsfällen kann die untere Baurechtsbehörde Auskunft geben. [siehe Kapitel 2.1.4](#)

6. WELCHE VERBOTE GELTEN IM GEWÄSSERRANDSTREIFEN?

Im gesamten **Gewässerrandstreifen** sind Neuanpflanzungen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern sowie das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, ausgenommen die Entnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft oder die Gehölzpflege im Rahmen der Gewässerunterhaltung, verboten. Des Weiteren untersagt sind der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die Errichtung baulicher Anlagen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern oder die fortgeschwemmt werden können. Auch eine Umwandlung von Grünland in Ackerland ist im gesamten Gewässerrandstreifen nicht erlaubt.

Im Abstand von fünf Metern zum Gewässer sind Einsatz und Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln (ausgenommen Wundverschlussmittel zur Baumpflege und Wildbisschutzmittel) verboten. Nach dem 1. Januar 2019 ist im Gewässerrandstreifen in einem Bereich von fünf Metern eine ackerbauliche Nutzung nur noch in Form von Kurzumtriebsplantagen (Anpflanzung von Gehölzen mit Ernteintervallen von mehr als zwei Jahren) oder Blühstreifen in Form von mehrjährigen nektar- und pollenspendenden Trachtflächen für Insekten möglich. **siehe Kapitel 2.1.7**

7. GIBT ES BEFREIUNGEN VON DEN VERBOTEN?

In besonders gelagerten Einzelfällen kann eine Befreiung von den Verboten erteilt werden. Zuständig hierfür sind im **Außenbereich** die unteren Wasserbehörden bei den Stadt- und Landkreisen und im **Innenbereich** die Gemeinden im Einvernehmen mit den unteren Wasserbehörden. **siehe Kapitel 2.1.9**

8. WER IST FÜR DIE PFLEGE UND UNTERHALTUNG ZUSTÄNDIG?

Grundsätzlich gibt es aus wasserrechtlicher Sicht keine Pflegevorgaben für den **Gewässerrandstreifen**. Ergeben sich jedoch aus anderen Rechtsbereichen Vorgaben für die Pflege, ist für diese der Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigte zuständig. Der Pflegeaufwand wird nicht entschädigt. Inwieweit landwirtschaftliche oder naturschutzrechtliche Fördermöglichkeiten bestehen, kann beim Landwirtschaftsamt bzw. der unteren Naturschutzbehörde erfragt werden. Im Bereich des Ufers liegt die Zuständigkeit für die Unterhaltung des Gewässers beim Träger der Unterhaltungslast. **siehe Kapitel 2.1.13 und 4.7**

1 Einleitung

Fließende wie stehende Gewässer sind wichtige Elemente des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes und werden zugleich in der gewachsenen Kulturlandschaft auf vielfältige Weise durch den Menschen genutzt. Aus diesem Grunde sollen die Gewässer durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt werden (§ 1 WHG). Deshalb hat das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die Vorgaben des guten ökologischen und chemischen Gewässerzustands der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Die Vermeidung von weiteren Verschlechterungen sowie der Schutz und die Verbesserung der aquatischen Ökosysteme sind die wesentlichen Ziele. Dem **Gewässerrandstreifen** kommt aufgrund seiner Funktionen und Wirkungsweisen bei der Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach § 27 WHG eine große Bedeutung zu.

Die Ziele des Gewässerrandstreifens sind in § 38 WHG formuliert. Der Begriff Gewässerrandstreifen wird in diesem Leitfaden ausschließlich im Sinne des WHG verwendet. Das Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG) formuliert in § 29 ergänzende Vorgaben.

In dieser Handreichung werden die rechtlichen Vorgaben - siehe Kapitel 2 - mithilfe fachlicher Erläuterungen und Empfehlungen für die praktische Anwendung aufbereitet.

Den geforderten Funktionen des Gewässerrandstreifens werden fachliche Wirkungsprinzipien zugeordnet - siehe Kapitel 3. Diese werden für den **Außen- und Innenbereich** erläutert. Die praktische Umsetzung wird dann anhand vieler Beispiele - siehe Kapitel 4 - verdeutlicht. Dabei werden auch die Anforderungen an die Anlieger sowie die Zuständigkeiten beschrieben. Neben den fachlichen Entwicklungszielen werden außerdem Konfliktbereiche für verschiedene angrenzende Nutzungsformen mit entsprechenden Lösungsvorschlägen vorgestellt. Zur Finanzierung von Maßnahmen im Gewässerrandstreifen werden verschiedene Fördermöglichkeiten aufgeführt. Am Ende des Leitfadens befinden sich ein Glossar (dunkelgrün dargestellte Begriffe) sowie Auszüge aus dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Wassergesetz.



Abb. 1.1: Gewässerrandstreifen im Außenbereich

2 Rechtliche Grundlagen

Die grundlegenden rechtlichen Regelungen zum **Gewässerrandstreifen** sind im Wasserrecht verankert. Weitere den Gewässerrandstreifen betreffende Regelungen befinden sich im Düng- und Pflanzenschutzrecht sowie im Naturschutzrecht.

2.1 WASSERHAUSHALTSGESETZ (WHG) UND WASSERGESETZ (WG)

2.1.1 OBERIRDISCHE GEWÄSSER

Unter einem oberirdischen Gewässer wird das ständig oder zeitweilig innerhalb eines Gewässerbettes fließende oder stehende oder aus Quellen wild abfließende Wasser verstanden (§ 3 Nr. 1 WHG). Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um natürliche oder künstliche Gewässer handelt.

Die oberirdischen Gewässer lassen sich in private und öffentliche Gewässer einteilen. Öffentliche Gewässer umfassen alle natürlichen Wasserläufe, alle künstlichen Wasserläufe, an deren Bett kein Privateigentum nachweisbar ist, sowie alle stehenden Gewässer mit ständig fließendem Zu- oder Ablauf (§ 3 Abs. 1 und 2 WG).

2.1.2 GEWÄSSERBETT UND UFER

Nach dem baden-württembergischen Wassergesetz (WG) trennt die Uferlinie das in der Regel im öffentlichen Eigentum des Landes oder der Gemeinden befindliche Bett eines Gewässers von den angrenzenden Ufergrundstücken (§ 7 Abs. 1 WG). Sie wird durch die veränderliche, sich den tatsächlichen Verhältnissen anpassende Linie des Mittelwasserstandes bestimmt. Die **Mittelwasserlinie** (= Uferlinie) ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Wasserstände der vergangenen 20 Jahre (§ 5 Abs. 3 WG) - siehe Abb. 2.1.

Als **Ufer** gilt die zwischen Uferlinie und **Böschungsoberkante** liegende Landfläche (§ 7 Abs. 3 S. 1 WG). Der Begriff Böschungsoberkante setzt eine Böschung voraus. Böschung ist eine an das Gewässerbett anschließende deutlich ansteigende Geländefläche, die das Gewässer auf natürliche Weise geschaffen hat oder die durch einen Gewässerausbau künstlich entstanden ist. Die Böschungsoberkante ist dann der deutlich (z. B. in Form eines Knickes) erkennbare Übergang der geneigten Böschung in das angrenzende wesentlich anders geneigte Gelände. Kommen danach zwei oder mehrere Geländelinien als Böschungsoberkante in Betracht (z. B. bei geteiltem Profil), dann ist in der Regel die Linie maßgebend, die am nächsten über der Linie des mittleren Hochwasserstandes liegt. Im Übrigen kommt es auf die Verhältnisse des Einzelfalles an (Kibele, Wassergesetz für Baden-Württemberg, § 7 Rn. 21).

An Gewässern, an deren Bett sich übergangslos die flache Landschaft oder ein Hang anschließt, fehlt die Böschungsoberkante. Zur Abgrenzung des Ufers wird die Linie des mittleren Hochwasserstandes herangezogen. Diese wird durch das arithmetische Mittel der jährlichen Höchstwerte der Wasserstände der letzten 20 Jahre bestimmt (§ 7 WG).

2.1.3 DEFINITION GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Der Begriff **Gewässerrandstreifen** beschreibt einen gesetzlich festgelegten, an ein oberirdisches Gewässer angrenzenden Bereich, in dem bestimmte Nutzungsgebote bzw. -verbote gelten.

2.1.4 BREITE DES GEWÄSSERRANDSTREIFENS

„Der **Gewässerrandstreifen** umfasst das **Ufer** und den Bereich, der an das Gewässer landseits des Mittelwasserstandes angrenzt“ (§ 38 Abs. 2 S. 1 WHG) - siehe Abb. 2.1. Im **Außenbereich** ist der Gewässerrandstreifen zehn Meter breit, im **Innenbereich** fünf Meter (§ 29 Abs. 1 S. 1 WG). Die Abgrenzung zwischen Außen- und Innenbereich ergibt sich aus den §§ 30 bis 35 Baugesetzbuch (BauGB).

Als Innenbereich gelten Flächen innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen sowie überplante Gebiete (§§ 30 - 34 BauGB). Alle übrigen Flächen werden dem Außenbereich zugeordnet (§ 35 BauGB). Zumeist ist dies anhand der örtlichen Situation festzustellen. Ist eine Einzelfallprüfung notwendig, kann die zuständige Baurechtsbehörde Auskunft geben.

Gemessen wird dabei ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante (§ 38 Abs. 2 S. 2 WHG). Die meisten Fließgewässer haben eine ausgeprägte Böschungsoberkante, ab der sich der Gewässerrandstreifen bemisst - siehe Abb. 2.1. In seltenen Fällen gibt es bei den Fließgewässern keine ausgeprägte Böschungsoberkante, sondern einen flachen Übergang vom Ufer zum angrenzenden Umland oder einen steilen Hang. Fehlt die ausgeprägte Böschungsoberkante, bemisst sich der Gewässerrandstreifen ab der **Mittelwasserlinie** - siehe Abb. 2.2.

Im Außenbereich kann die Wasserbehörde und im Innenbereich die Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde durch Rechtsverordnung breitere Gewässerrandstreifen, soweit dies zum Erhalt und der Verbesserung der ökologischen Funktionen des Gewässers erforderlich ist, sowie schmalere Gewässerrandstreifen, soweit dies mit den Grundsätzen des § 38 WHG vereinbar ist und Gründe des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen, festsetzen (§ 29 Abs. 1 WG). Hierzu hat der Gemeindetag Baden-Württemberg eine Muster-Rechtsverordnung ausgearbeitet, die bei ihm bezogen werden kann.

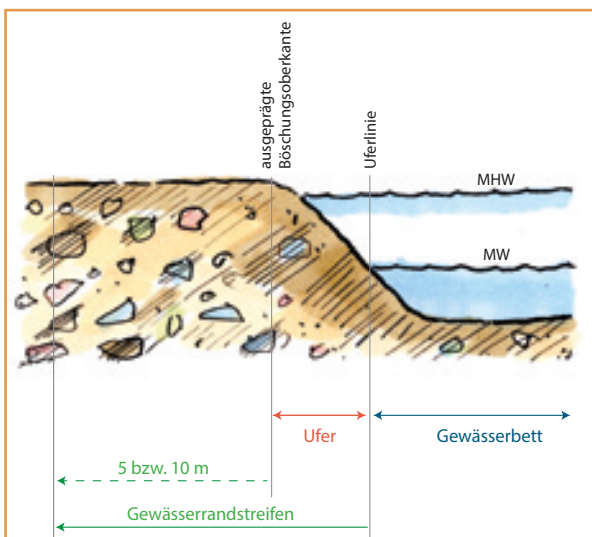


Abb. 2.1: Eine ausgeprägte Böschungsoberkante begrenzt das Ufer (MW = Mittelwasser, MHW = mittleres Hochwasser).

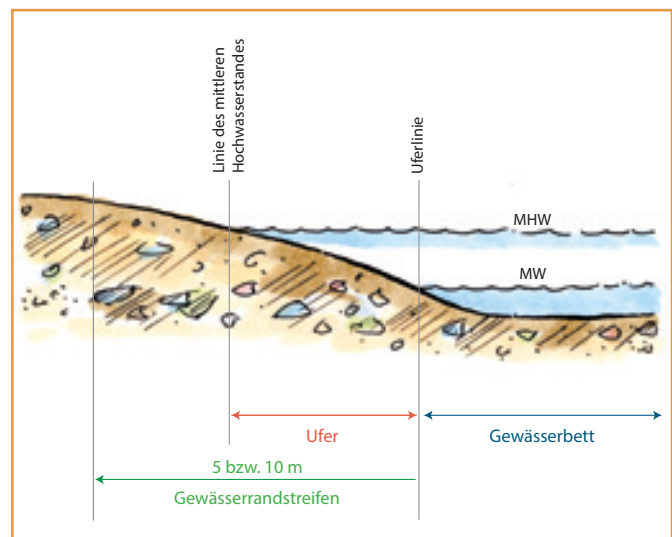


Abb. 2.2: Bei Ufern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante dient die Linie des mittleren Hochwasserstandes (MHW) als Grenze zwischen Ufer und Vorland.

2.1.5 ZIELE DES GEWÄSSERRANDSTREIFENS

„Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen“ (§ 38 Abs. 1 WHG) - siehe Kapitel 3.2.

2.1.6 GEWÄSSER MIT GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Einen **Gewässerrandstreifen** gibt es an allen oberirdischen Gewässern, auch an Gewässern ohne eigenes Flurstück (Strichbäche). Ausgenommen von den Regelungen zum Gewässerrandstreifen sind in Baden-Württemberg Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung (§ 29 Abs. 1 S. 2 WG) - siehe Kapitel 4.2.

Be- und Entwässerungsgräben von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung sind eine Unterkategorie der Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Sie sind zusätzlich von weiteren wasserrechtlichen Regelungen ausgenommen (§ 2 Abs. 3 WG) - siehe Abb. 2.3.

Oberirdische Gewässer

(öffentliche oder private Gewässer - Fließgewässer oder stehende Gewässer)

Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung (GvwuB):

- kein Gewässerrandstreifen (§ 29 Abs. 1 WG)
- keine Gewässerschau (§ 32 Abs. 6 WG)
- bei kleinen GvwuB keine Planfeststellung / Plangenehmigung für Vorhaben, die den naturnahen Ausbau zum Zweck haben (§ 55 WG unter Beachtung von § 74 Abs. 7 LVwVfG)

Be- und Entwässerungsgräben von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung:
zusätzlich ausgenommen von §§ 39 bis 42, 67 bis 71 WHG und § 28 WG:
Gewässerunterhaltung, Gewässerausbau, Anlagen an Gewässern (§ 2 Abs. 3 WG)

Abb. 2.3: Systematische Darstellung zum wasserwirtschaftlichen Vollzug der oberirdischen Gewässer und der Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung

2.1.7 VORGABEN IM GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Im Gewässerrandstreifen gelten die gesetzlichen Vorgaben, die in Abb. 2.4 zusammengefasst sind.

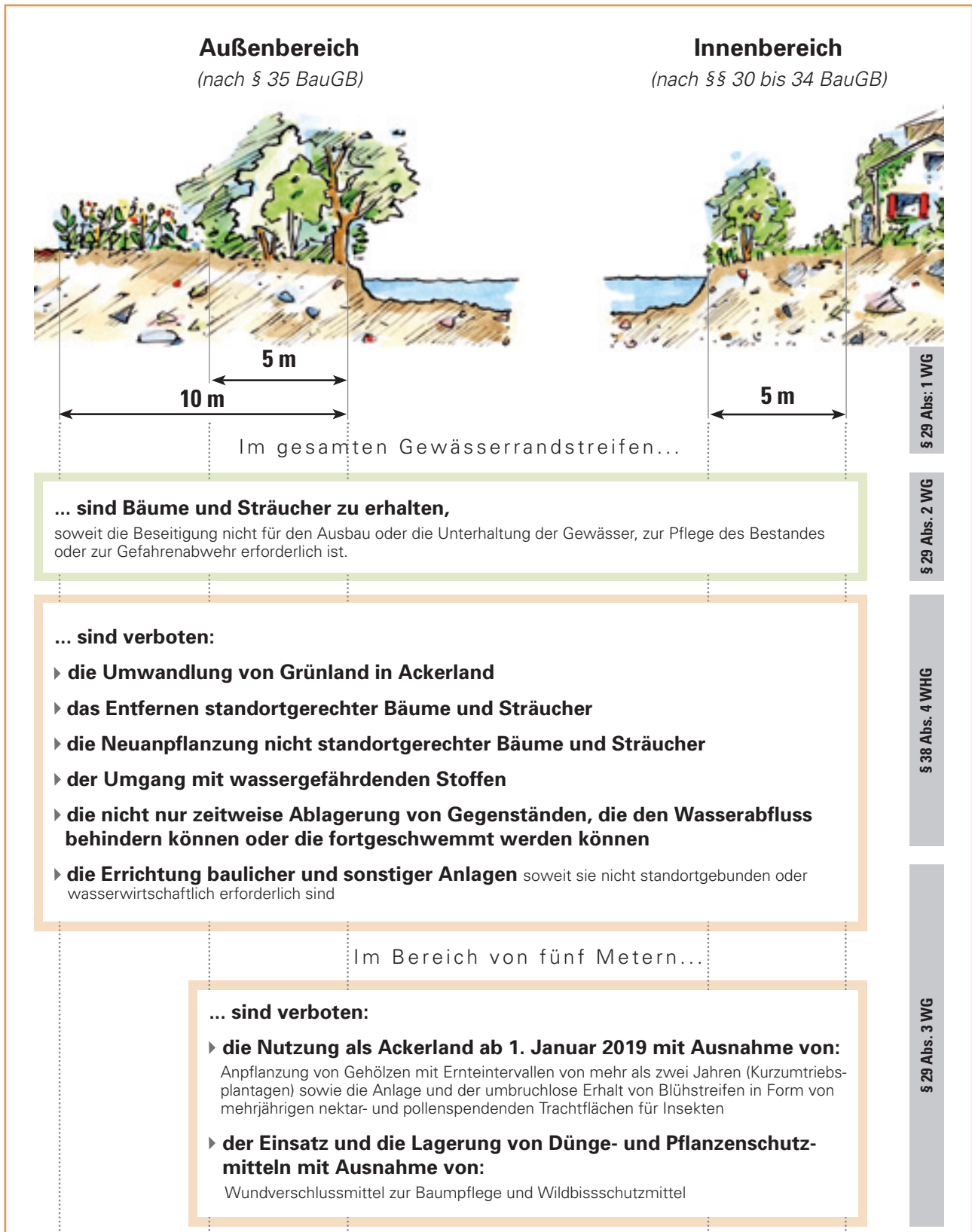


Abb. 2.4: Vorgaben im Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG und § 29 WG

2.1.8 RECHTLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN

Die grundsätzliche Zuständigkeit für Vollzug und Kontrolle der Regelungen zum **Gewässerrandstreifen** liegt bei den unteren Wasserbehörden (§ 82 i.V.m. § 80 WG). In landwirtschaftlich genutzten Gebieten wird den unteren Wasserbehörden empfohlen, die untere Landwirtschaftsbehörde zu beteiligen. Im **Innenbereich** und bei Vorhaben, für die eine baurechtliche Entscheidung erforderlich ist, gibt es abweichende Zuständigkeiten - siehe Abb. 2.5.

Zuständigkeiten für Entscheidungen im Gewässerrandstreifen	Außenbereich	Innenbereich
Abweichende Festsetzungen von Gewässerrandstreifen durch Rechtsverordnung	Wasserbehörde § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 WG	Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 WG
Befreiungen von Ge- und Verboten (in besonders gelagerten Einzelfällen)	Wasserbehörde § 38 Abs. 5 WHG	Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde § 29 Abs. 4 WG i.V.m. § 38 Abs. 5 WHG
Bei Vorhaben, für die eine baurechtliche Entscheidung erforderlich ist	zuständige Baurechts- behörde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde § 84 Abs. 2 S. 1 WG	zuständige Baurechts- behörde im Einvernehmen mit Gemeinde u. Wasserbehörde § 84 Abs. 2 S. 1 und 2 WG

Abb. 2.5: Zuständigkeiten für Entscheidungen im Gewässerrandstreifen im Innen- und Außenbereich

2.1.9 MÖGLICHKEIT EINER BEFREIUNG

Von den Vorgaben zum **Gewässerrandstreifen** kann in Ausnahmefällen eine widerrufliche Befreiung erteilt werden (§ 29 Abs. 4 WG i.V.m. § 38 Abs. 5 WHG). Eine Befreiung kommt nur aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit in Betracht oder wenn das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit auch noch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden, insbesondere um sicherzustellen, dass der Gewässerrandstreifen dennoch seine Funktionen erfüllen kann (§ 38 Abs. 5 WHG).

Im **Außenbereich** ist eine Befreiung z. B. im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Neophyten denkbar: Für die Herbizidanwendung zur punktuellen Einzelpflanzenbekämpfung (Betupfen, Spritzschirm) des Japan-Knöterichs zu Beginn seiner Ausbreitung kann eine widerrufliche Befreiung erteilt werden, wenn dies zur Erhaltung der ökologischen Funktion des Gewässerrandstreifens erforderlich ist.

2.1.10 ENTSCHÄDIGUNGEN

Eine Entschädigung des Eigentümers oder anderer Nutzungsberechtigter durch das Land kommt nur dann in Betracht, wenn eine Befreiung nicht möglich ist und der Betroffene unverhältnismäßig oder im Verhältnis zu anderen ungleich und unzumutbar belastet wird (§ 29 Abs. 5 WG). Die Entscheidung über eine Entschädigung liegt bei der unteren Wasserbehörde.

2.1.11 BESTANDSSCHUTZ BEI BAULICHEN UND SONSTIGEN ANLAGEN

Innerhalb des **Gewässerrandstreifens** ist die Errichtung baulicher und sonstiger Anlagen untersagt, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind (§ 29 Abs. 3 Nr. 2 WG). Im **Außenbereich** gibt es dieses Verbot bereits seit 1996 (§ 68b Abs. 4 Nr. 3 WG alt). Für den **Innenbereich** wurde die Regelung in Baden-Württemberg mit dem neuen Wassergesetz zum 1. Januar 2014 eingeführt.

Bauliche Anlagen im Innenbereich, die vor dem 1. Januar 2014 errichtet wurden, sowie bauliche Anlagen im Außenbereich, die vor dem 1. Januar 1996 errichtet wurden, für die es eine Genehmigung gibt, oder verfahrensfreie Vorhaben, die keiner Genehmigung bedurften, unterliegen dem Bestandsschutz. Gleiches gilt für bauliche Anlagen, die eine Genehmigung verbunden mit einer Befreiung vom Bauverbot im Gewässerrandstreifen haben.

Neue Vorhaben, die aufgrund von Bebauungsplänen verwirklicht werden sollen, die vor dem 1. Januar 2014 in Kraft getreten sind und den Gewässerrandstreifen von fünf Metern nicht einhalten, sind nicht zulässig. Die Regelung im Wassergesetz geht dem Baurecht als spezielles Fachrecht vor. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, unter den genannten Voraussetzungen eine geänderte Festsetzung des Gewässerrandstreifens vorzunehmen.

2.1.12 VORKAUFRECHT

Die Regelung zum **Gewässerrandstreifen** wurde durch Art. 5 des Gesetzes zur Bereinigung von Landesrecht vom 29. Juli 2014 neu gefasst. Damit finden die Regelungen des § 28 BauGB nicht länger Anwendung. Die Rechtslage stellt sich nunmehr wie folgt dar:

Dem Träger der Gewässerunterhaltungslast steht ein Vorkaufsrecht an Grundstücken zu, auf denen sich ein Gewässerrandstreifen befindet. Vorkaufsberechtigt sind nach § 29 Abs. 6 S. 1 WG bei Gewässern erster Ordnung das Land oder bei Gewässern zweiter Ordnung die Gemeinde als Träger der Unterhaltungslast nach § 32 Abs. 1 und 2 WG. Andere Träger der Unterhaltungslast an einem Gewässer haben kein Vorkaufsrecht. Die Gewässer erster Ordnung und die Unterhaltungslast des Landes sind in den Anlagen 1 und 3 zum WG eindeutig bestimmt. Alle anderen Gewässer und Gewässerabschnitte, an denen ein Vorkaufsrecht bestehen kann, sind Gewässer zweiter Ordnung. Das Vorkaufsrecht besteht nicht beim Kauf von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz und von Erbbaurechten (§ 29 Abs. 6 S. 4 WG). Die Frage, ob sich auf dem Grundstück ein Gewässerrandstreifen befindet oder nicht oder ob es sich um den Kauf von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz oder von Erbbaurechten handelt, kann in aller Regel von den am Grundstücksgeschäft Beteiligten eindeutig beantwortet werden, ohne dass es einer Anfrage bei Wasserbehörden oder Gemeinden bedarf.

In Zweifels- und Ausnahmefällen hat der Vorkaufsberechtigte auf Antrag das Nichtbestehen des Vorkaufsrechts zu bescheinigen (§ 29 Abs. 6 S. 10 WG). Ein solcher Fall kann z. B. hinsichtlich der Frage vorliegen, ob der betroffene Gewässerabschnitt einem Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung zuzurechnen ist, an dem kein Gewässerrandstreifen besteht (§ 29 Abs. 1 S. 2 WG).

Das Vorkaufsrecht darf nur ausgeübt werden, wenn dies zum Schutz des öffentlichen Gewässers erforderlich ist (§ 29 Abs. 6 S. 5 WG). Eine Begründung für die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts ist erforderlich. Es darf nicht ausgeübt werden bei einem Verkauf an Ehegatten, eingetragene Lebenspartner oder Verwandte ersten Grades (§ 29 Abs. 6 S. 6 WG). Die Prüfung dieser Voraussetzungen obliegt dem vorkaufsberechtigten Träger der Unterhaltungslast.

Befindet sich der Gewässerrandstreifen nur auf einem Teil des Grundstücks, so erstreckt sich das Vorkaufsrecht nur auf diese Teilfläche (§ 29 Abs. 6 S. 2 WG). Der Eigentümer kann die Übernahme der Restfläche verlangen, wenn es ihm wirtschaftlich nicht zuzumuten ist, diese Restfläche zu behalten (§ 29 Abs. 6 S. 3 WG). Er kann vom Vorkaufsberechtigten die Übernahme der Restflächen allerdings nur zum Verkehrswert (§ 96 Abs. 4 S. 1 WHG) verlangen. Danach erforderliche Teilungen eines Grundstücks sind vom Träger der Unterhaltungslast zu veranlassen und zu bezahlen.

Nur in den Fällen, in denen ein Vorkaufsrecht besteht, hat der Verkäufer den Inhalt des Kaufvertrags unverzüglich dem Vorkaufsberechtigten mitzuteilen; die Mitteilung des Verkäufers wird durch die Mitteilung des Käufers ersetzt (§ 29 Abs. 6 S. 9 WG).

Die Eintragung des Käufers als Eigentümer ist nicht von der Vorlage einer Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung des Vorkaufsrechts abhängig, da die Vorschrift keine derartige Vorgabe, z. B. eine Grundbuchsperrung, enthält. Ungeachtet dessen hat der Träger der Unterhaltungslast die Nichtausübung des Vorkaufsrechts auf Antrag bis zum Ablauf der Ausübungsfrist zu bescheinigen, weil die Beteiligten daran beispielsweise die Fälligkeit des Kaufpreises knüpfen können (§ 29 Abs. 6 S. 10 WG). Die Ausübungsfrist beträgt zwei Monate (§ 29 Abs. 6 S. 11 WG i.V.m. § 469 Abs. 2 S. 1 BGB).

2.1.13 UNTERHALTUNG UND PFLEGE

Aus wasserrechtlicher Sicht gibt es keine Pflegevorgaben im Bereich des **Gewässerrandstreifens**. Grundsätzlich ist die natürliche Sukzession und die Entwicklung von Gehölzstreifen anzustreben. Allerdings können sich aus anderen Rechtsbereichen, wie z. B. dem Nachbarschaftsrecht, dem Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (Bewirtschaftungs- und Pflegepflicht) oder aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht weitergehende Pflegevorgaben ergeben. Ist eine Pflege des Gewässerrandstreifens notwendig, obliegt diese dem jeweiligen Besitzer bzw. Nutzungsberechtigten des betreffenden Grundstücks. Für den Bereich des Ufers ist der Träger der Unterhaltungslast für das Gewässer zuständig. Unterhaltungspflichtig sind an Bundeswasserstraßen die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, an den übrigen Gewässern erster Ordnung die Landesbetriebe Gewässer bei den Regierungspräsidien. An Gewässern zweiter Ordnung tragen die Gemeinden die Unterhaltungslast. Eine Ausnahme bilden die in Anhang 3 WG aufgeführten Gewässer, die durch das Land unterhalten werden. Unterhaltungspflichtig an Gewässern in Privateigentum ist der Eigentümer (§ 32 WG).

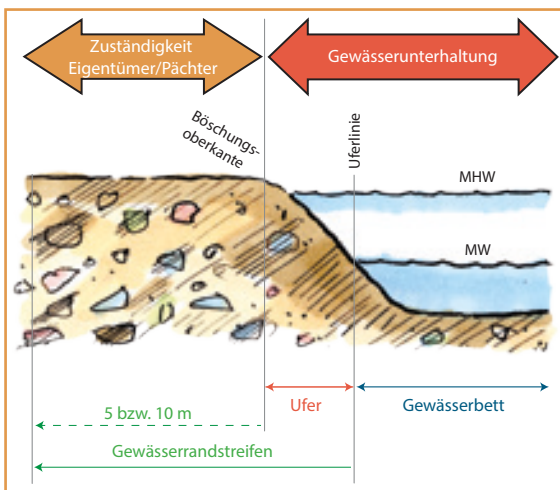


Abb. 2.6: Zuständigkeiten und Unterhaltungspflicht an Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante

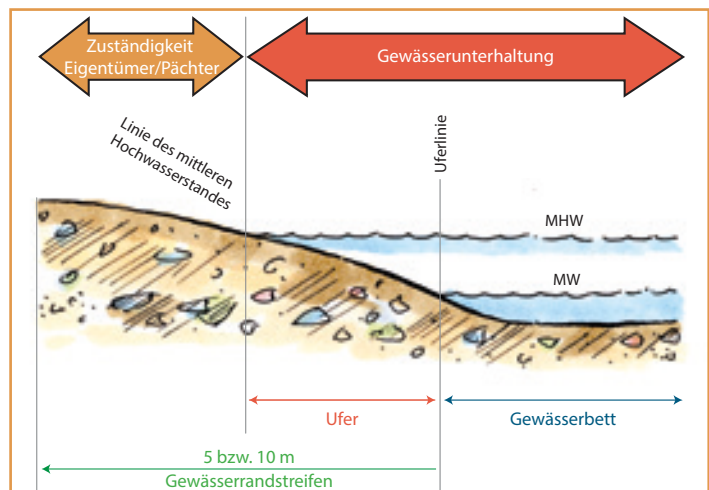


Abb. 2.7: Zuständigkeiten und Unterhaltungspflicht an Gewässern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante

2.2 WEITERE RECHTLICHE REGELUNGEN

Das Düngerecht, das Pflanzenschutzrecht und das Naturschutzrecht enthalten weitere, den **Gewässerrandstreifen** betreffende Regelungen. Regelungen zu den Fördermöglichkeiten von Maßnahmen, die über die Regelungen des landwirtschaftlichen Fachrechts hinausgehen, finden sich in Kapitel 4.7.3.

2.2.1 DÜNGERECHT

Die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen etc. muss nach der „guten fachlichen Praxis“ erfolgen, deren Grundsätze in der Düngeverordnung (DüV) geregelt sind. Der Abstand beim Ausbringen von Düngemitteln an oberirdischen Gewässern muss mindestens drei Meter zur **Böschungsoberkante** betragen (§ 3 Abs. 6 Nr. 1 DüV). Beim Einsatz von Geräten mit genauer Düngerablage (z. B. Schleppschlauch oder Mineraldüngerstreuer mit Grenzstreueinrichtung) ist ein geringerer Abstand, jedoch mindestens ein Meter, möglich. Auf Ackerflächen mit einer Hangneigung von durchschnittlich mehr als 10 % zum Gewässer gelten innerhalb eines Abstands von 20 Metern zur Böschungsoberkante laut Düngeverordnung weitere Einschränkungen bei der Anwendung von Düngemitteln und Bodenhilfsstoffen (§ 3 Abs. 7 DüV). Der räumliche Geltungsbereich der Düngeverordnung geht wesentlich über den Geltungsbereich des wasserrechtlichen **Gewässerrandstreifens** hinaus - siehe Abb. 2.8. Damit wird auch an Gewässern, die keinen Gewässerrandstreifen besitzen, durch das Fachrecht dem Eintrag von Nährstoffen entgegengewirkt.

Da die Düngeverordnung zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Leitfadens novelliert werden soll, sind Änderungen in Bezug auf die oben genannten Aussagen zu erwarten.

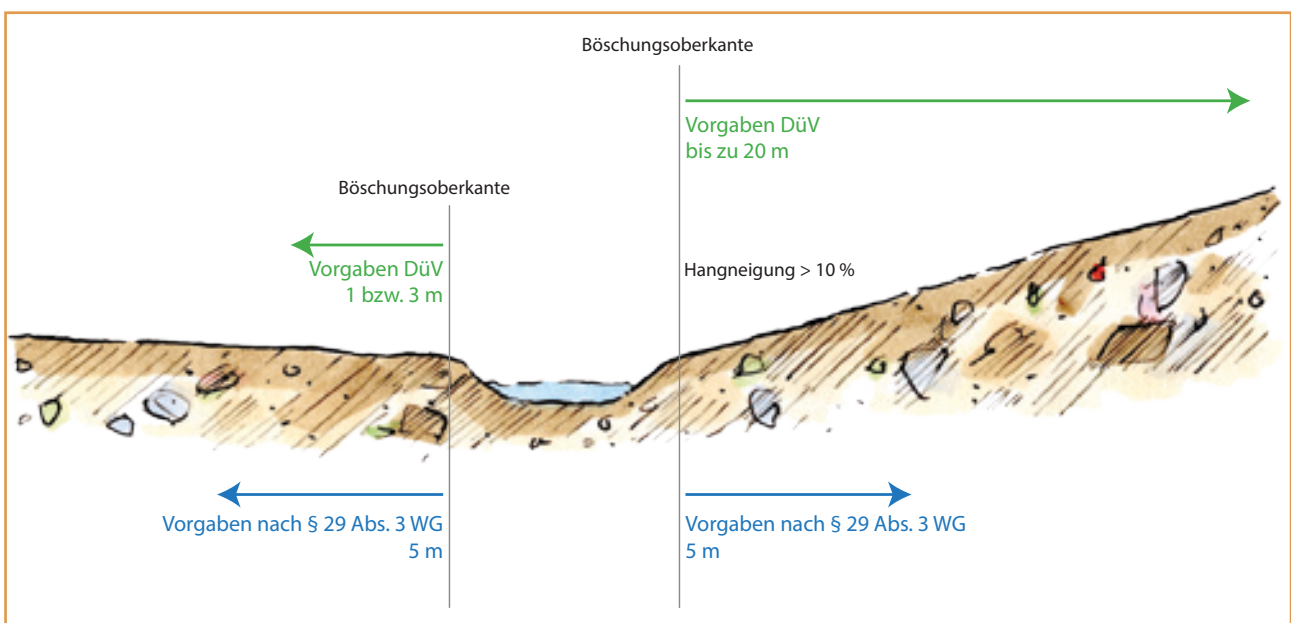


Abb. 2.8: Vergleich Vorgaben Düngeverordnung und Gewässerrandstreifen

2.2.2 PFLANZENSCHUTZRECHT

Das Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz - PflSchG) vom 6. Februar 2012 ist am 14. Februar 2012 in Kraft getreten. Es ergänzt die EU-Zulassungsverordnung und dient der Umsetzung europäischer Richtlinien. Pflanzenschutz darf nur nach guter fachlicher Praxis durchgeführt werden (§ 3 PflSchG). Die gute fachliche Praxis im Pflanzenschutz umfasst insbesondere die Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes. Mit der am 6. Juli 2013 in Kraft getretenen Pflanzenschutz-Sachkun-

deverordnung (PflSchSachV) werden Art und Umfang der erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie deren Abgabe im Einzelhandel geregelt. Weitere Hinweise und Erläuterungen sind in den jährlichen aktualisierten Broschüren des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg (z. B. „Pflanzenproduktion 2015 - Sorten und Pflanzenschutz in Ackerbau und Grünland“) unter www.ltz-bw.de abrufbar, die auch bei den Landratsämtern erhältlich sind.

Alle Pflanzenschutzmaßnahmen sind mit besonderer Sorgfalt und unter Berücksichtigung spezieller Anwendungsvorschriften durchzuführen. Dies ist nicht nur aus Gründen einer optimalen Wirkung und Verträglichkeit der Präparate notwendig, sondern vor allem auch, um mögliche schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier, Grundwasser und Naturhaushalt zu vermeiden. Um dies sicherzustellen, müssen alle mittel- und flächenbezogenen Anwendungsbestimmungen und Auflagen genau beachtet werden (Gebrauchsanleitung!). Sie werden bei der Zulassung der Mittel durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) festgelegt. Die jeweils aktuell gültigen Anwendungsbestimmungen finden sich in der Online-Datenbank Pflanzenschutzmittel des BVL (www.bvl.bund.de) unter Startseite › Pflanzenschutzmittel › Aufgaben im Bereich Pflanzenschutzmittel › Zulassung von Pflanzenschutzmitteln › Zugelassene Pflanzenschutzmittel.

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) stellt den Ordnungsrahmen für den langfristigen Schutz des Grundwassers vor dem Eintrag von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln und der Oberflächengewässer vor dem Eintrag von Phosphat und Pflanzenschutzmitteln dar. Eine Broschüre für Landwirte mit den für die Umsetzung relevanten Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie ist im Internetangebot des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg unter www.ltz-bw.de abrufbar und bei den Landratsämtern erhältlich.

Zum Schutz der Oberflächengewässer und Gewässerorganismen werden bei der Zulassung der Pflanzenschutzmittel produktspezifische Abstandsauflagen NG (Naturhaushalt Grundwasser) und NW (Naturhaushalt Wasserorganismen) erteilt. Für ab 2002 zugelassene Pflanzenschutzmittel ist die Applikationstechnik das alleinige Kriterium für eine mögliche Abstandsreduzierung. Es wird unterschieden zwischen einem Standardabstand zu Oberflächengewässern, wenn keine verlustmindernde Technik verwendet wird, und reduzierten Abständen bei Einhaltung der Abdriftminderungsklassen 90 %, 75 % oder 50 %.

Für Pflanzenschutzmittel gilt generell, dass sie nicht in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern oder Küstengewässern angewendet werden dürfen. Mit dem neuen WG ist seit dem 1. Januar 2014 in Baden-Württemberg der Einsatz und die Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in einem engeren Bereich von fünf Metern verboten; ausgenommen sind nur Wundverschlussmittel zur Baumpflege und Wildverbisschutzmittel. Die Fünf-Meter-Regelung im neuen Wassergesetz gilt für die gesamte landwirtschaftliche Fläche an Gewässern von wasserwirtschaftlicher Bedeutung im Amtlichen Digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässernetz (AWGN).

Bei Verwendung nicht abdriftmindernder Düsentechnik sind mittelspezifische Abstände zu Oberflächengewässern festgelegt, die eingehalten werden müssen. Bei wenigen Pflanzenschutzmitteln kann der vorgeschriebene Sicherheitsabstand bei Einhaltung von risikomindernden Anwendungsbedingungen verringert werden. Risikomindernde Anwendungsbedingungen sind unter den Begriffen Anwendungstechnik, Gewässertyp und Randvegetation festgelegt. Der Anwender hat anhand dieser Kriterien festzustellen, ob aufgrund der vorliegenden Bedingungen der für das Pflanzenschutzmittel festgelegte Standardabstand einzuhalten ist oder ein geringerer Abstand, der für die jeweilige Risikokategorie ausgewiesen ist. Weitere Hinweise und Erläute-

rungen sind in den jährlichen aktualisierten Broschüren des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg enthalten, die unter www.ltz-bw.de abrufbar oder auch bei den Landratsämtern erhältlich sind (z. B. „Pflanzenproduktion 2015 - Sorten und Pflanzenschutz in Ackerbau und Grünland“).

Auflagen zum Schutz vor Abschwemmungen sehen Abstände zu Oberflächengewässern vor, die entsprechend der Hangneigung, dem Pflanzenbewuchs zwischen behandelten Flächen und Oberflächengewässern, Auffangsystemen (die nicht in Oberflächengewässer oder Kanalisationen münden) bzw. Anbauverfahren (wie Mulch- und Direktsaat) festgelegt sind.

Um Belastungen von Oberflächengewässern zu vermeiden, ist der Einsatz bestimmter Pflanzenschutzmittel auf drainierten Flächen entweder nur zeitlich begrenzt möglich oder ganzjährig verboten. Anwendungsbeschränkungen ergeben sich auch in Abhängigkeit von den Bodenarten. Weitere Hinweise und Erläuterungen sind in den jährlichen aktualisierten Broschüren des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg (z. B. „Pflanzenproduktion 2015 - Sorten und Pflanzenschutz in Ackerbau und Grünland“) unter www.ltz-bw.de abrufbar, die auch bei den Landratsämtern erhältlich sind.

2.2.3 NATURSCHUTZRECHT

Das Naturschutzrecht enthält einige Rechtsvorschriften mit Auswirkungen auf den **Gewässerrandstreifen**. Grundsätzlich sind der Schutz der Gewässer einschließlich ihrer **Ufer**, Auen und sonstigen Rückhalteflächen vor Beeinträchtigungen sowie der Erhalt ihrer natürlichen Dynamik im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) wichtige Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 3 S. 3 BNatSchG). Natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation zählen zu den gesetzlich geschützten Biotopen. Alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung oder zu sonstigen erheblichen Beeinträchtigungen führen können, sind verboten (§ 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG). Die Kartierung dieser Lebensräume hat deklaratorische Bedeutung, d. h. maßgeblich für den Schutz ist die konkrete Ausprägung des Biotops in der Natur, nicht die Ergebnisse der Kartierung als solche. Über das Vorliegen eines Biotops erteilt die untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Auskunft. Kartierte Biotope können über den Daten- und Kartendienst der LUBW unter udo.lubw.baden-wuerttemberg.de › Natur und Landschaft › Biotope nach NatSchG und LWaldG eingesehen werden.

Daneben unterliegen insbesondere fließgewässerbegleitende Lebensräume wie z. B. „Auwälder mit Erle, Esche und Weide“, „Hartholzauwälder“ und „Feuchte (uferbegleitende) Hochstaudenfluren“ in FFH-Gebieten dem Verschlechterungsverbot (§§ 33 ff. BNatSchG). Für Gewässerrandstreifen in Naturschutzgebieten oder in Naturdenkmälern können sich aus den Schutzgebietsverordnungen weitergehende zu beachtende Vorgaben für die Nutzung, Bewirtschaftung oder Pflege der Gewässerrandstreifen ergeben. In Gewässerrandstreifen vorkommende geschützte Tier- (insbesondere Vogelarten und Biber) und Pflanzenarten unterliegen dem Artenschutzrecht (§§ 44 f. BNatSchG). Diese Vorschriften sind bei Gewässerunterhaltungsmaßnahmen oder Pflegemaßnahmen im Gewässerrandstreifen zu berücksichtigen. Ferner ist im Zusammenhang mit Anpflanzungen und Ansaaten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft zu beachten, dass nur Pflanzmaterial und Saatgut aus gebietseigenen Herkünften verwendet werden darf (§ 40 Abs. 4 BNatSchG).

Weitere Informationen hierzu finden sich in den Vollzugshinweisen zu § 40 Absatz 4 BNatSchG, die unter www.fachdokumente.lubw.baden-wuerttemberg.de beim Thema Natur und Landschaft heruntergeladen werden können.

3 Fachliche Anforderungen

Aus den Vorgaben des § 38 Wasserhaushaltsgesetz ergeben sich grundlegende Anforderungen an den **Gewässerrandstreifen**, deren Umsetzung wesentlich zum Erreichen der Ziele des Wasserhaushaltsgesetzes beitragen kann.

3.1 GRUNDLEGENDE ZIELE IM WASSERHAUSHALTSGESETZ

3.1.1 ÖKOLOGISCHER UND CHEMISCHER ZUSTAND DER GEWÄSSER

Naturnahe Fließgewässer sind offene und dynamische Ökosysteme. Sie sind eng mit den angrenzenden Uferbereichen verbunden und unterliegen den vielfältigen Wechselwirkungen innerhalb der Aue. Der Gewässerzustand wird nicht allein durch naturräumliche Gegebenheiten, sondern auch durch menschliche Einflüsse und Eingriffe geprägt. Stoffliche Einträge in Form von Feststoffen, Nährstoffen oder Pflanzenschutzmitteln können die Lebensgemeinschaften der Fließgewässer erheblich beeinträchtigen. Neben der chemischen und physikalisch-chemischen Beschaffenheit des Wassers spielen auch die Morphologie und der Wasserhaushalt der Gewässer eine wichtige Rolle für die Ausprägung der aquatischen Lebensgemeinschaft und für den ökologischen Zustand. Ausbaumaßnahmen, wie Laufbegradigungen und hydrologische Regulierungen, verhindern vielerorts eine natürliche eigendynamische Entwicklung der Fließgewässer.

Die Vermeidung von weiteren Verschlechterungen sowie der Schutz und die Verbesserung der aquatischen Ökosysteme sind wesentliche Zielvorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) setzt diese Zielvorgaben in den §§ 27 bis 31 WHG in nationales Recht um. Der gute ökologische und chemische Zustand ist damit ein verbindliches Bewirtschaftungsziel. Der ökologische Gewässerzustand wird anhand biologischer Qualitätskomponenten bewertet, die ebenso wie die chemischen Ziel- und Grenzwerte in der Oberflächengewässerverordnung (OGewV) definiert sind. In den meisten Fließgewässern Baden-Württembergs ist der gute ökologische Zustand noch nicht erreicht. Neben den Defiziten bei der Gewässerstruktur und der fehlenden Durchgängigkeit sind es vor allem die Nährstoffeinträge, die derzeit das Erreichen eines guten ökologischen Zustands verhindern. Aufgrund der in Kapitel 3.2 beschriebenen Funktionen und Wirkungsweisen des **Gewässerrandstreifens** kommt ihm daher bei der Erreichung der Bewirtschaftungsziele eine wichtige ökologische Bedeutung zu.

3.1.2 HOCHWASSERSCHUTZ

Hochwasser gehören im Wechsel der Jahreszeiten zur natürlichen Dynamik eines Fließgewässers. Daher kennt die Natur auch keine Schäden durch Hochwasser und viele Tier- und Pflanzenarten sind an wiederkehrende Überflutungen angepasst. Erst durch die Siedlungsentwicklung und die Anhäufung von Vermögenswerten in unmittelbarer Gewässernähe, verbunden mit Ausbaumaßnahmen an Gewässern, entstand ein Hochwasserrisiko durch und für den Menschen. Diese Entwicklung kann immer wieder zu erheblichen Schäden führen. Die Verringerung der hochwasserbedingten nachteiligen Folgen für die vier Schutzgüter menschliche Gesundheit, Umwelt, kulturelles Erbe und wirtschaftliche Tätigkeiten ist das Ziel der 2007 in Kraft getretenen EU-Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie HWRM-RL). Sie wurde 2009 als Bestandteil des Wasserhaushaltsgesetzes in nationales Recht umgesetzt (§§ 72 – 81 WHG). Die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie gibt Arbeitsschritte vor, um die Hochwassergefahren und -risiken darzustellen, zu bewerten und entsprechende Maßnahmen zu formulieren.

Die in Kapitel 3.2 beschriebene Wirkungsweise des Gewässerrandstreifens bei der Wasserspeicherung und der Sicherung des Wasserabflusses zeigt, dass dieser einen wichtigen Beitrag zum Hochwasserschutz leistet. Insbesondere durch einen verbesserten Rückhalt des Wassers im **Außenbereich** und einen raschen sowie gesicherten Abfluss des Wassers im **Innenbereich** trägt er in wesentlichem Maße zum Hochwasserschutz bei. Durch das Ablagerungsverbot von abschwemmbareren Gegenständen am Gewässer sowie durch die Unterbindung einer weiteren Werteanhäufung in unmittelbarer Gewässernähe wird das Schadenspotenzial reduziert.

3.2 ANFORDERUNGEN AUS § 38 ABSATZ 1 WHG

„**Gewässerrandstreifen** dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen“ (§ 38 Abs. 1 WHG).

3.2.1 ERHALTUNG UND VERBESSERUNG DER ÖKOLOGISCHEN FUNKTIONEN OBERIRDISCHER GEWÄSSER

Oberirdische Gewässer erfüllen eine Vielzahl wertvoller ökologischer Funktionen, zu denen ein naturnaher **Gewässerrandstreifen** einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Lebensraum für Tiere und Pflanzen

Oberirdische Gewässer bieten mit ihrer großen strukturellen Vielfalt einen wichtigen Lebensraum für eine Vielzahl aquatischer und semiaquatischer Tierarten (z. B. Biber). Auch terrestrische Arten (z. B. Vögel) finden insbesondere in der gewässerbegleitenden Vegetation wichtige Habitate vor. Naturnahe Auen zählen daher zu den artenreichsten Ökosystemen Mitteleuropas. Die Ufervegetation beeinflusst auch die Lebensgemeinschaften im Gewässer: Falllaub und Totholzeintrag aus der Ufervegetation bilden die Nahrungsgrundlage vieler wirbelloser Kleintiere. Fehlen diese Tiere, so hat dies Auswirkungen auf die gesamte Nahrungskette.

Vernetzung von Lebensräumen

Fließgewässer eignen sich aufgrund ihrer verzweigten linienhaften Struktur gut zur Vernetzung wassergebundener, feuchter und gehölzbetonter Teillebensräume. Viele Tiere wandern entlang der Fließgewässer im Schutz einer naturnahen Ufervegetation. Zudem findet eine laterale Vernetzung über die Uferbereiche statt. Dabei werden die aquatischen, amphibischen und terrestrischen Lebensräume miteinander verbunden. Hiervon sind z. B. zahlreiche Insektenarten abhängig, deren Larven im Wasser leben, während die adulten Tiere auf ein intaktes Gewässerumfeld angewiesen sind.

Verbesserung des Mikroklimas

Die von der Ufervegetation ausgehende Beschattung verhindert eine starke Erwärmung des Wassers und hat daher einen positiven Einfluss auf das lokale Klima (Mikroklima). Sie verhindert besonders bei nährstoffbelasteten Gewässern ein übermäßiges Pflanzenwachstum und wirkt sich positiv auf den Sauerstoffgehalt aus. Dieser Effekt erhöht auch die Widerstandsfähigkeit der Gewässersysteme gegenüber dem durch den Menschen verursachten Klimawandel (Steinmetz & Wieprecht, 2013).

Verhinderung der Kolmation der Gewässersohle

In von Natur aus kiesgeprägten Gewässern ist die Gewässersohle ein wichtiger Lebensraum für das **Makrozoobenthos** und für kieslaichende Fische. Durch den Eintrag von Feinmaterial infolge von Abschwemmungen wird die Sohlstruktur verändert. Das offene Porensystem der Sohle wird durch die Feinsedimente gefüllt

(sogenannte **Kolmation**) und steht damit als Lebensraum nicht mehr zur Verfügung. Der Gewässerrandstreifen reduziert den Eintrag durch Abschwemmung und ermöglicht dadurch die Offenhaltung der Gewässer-
sohle und die Erhaltung ihrer ökologischen Funktion.

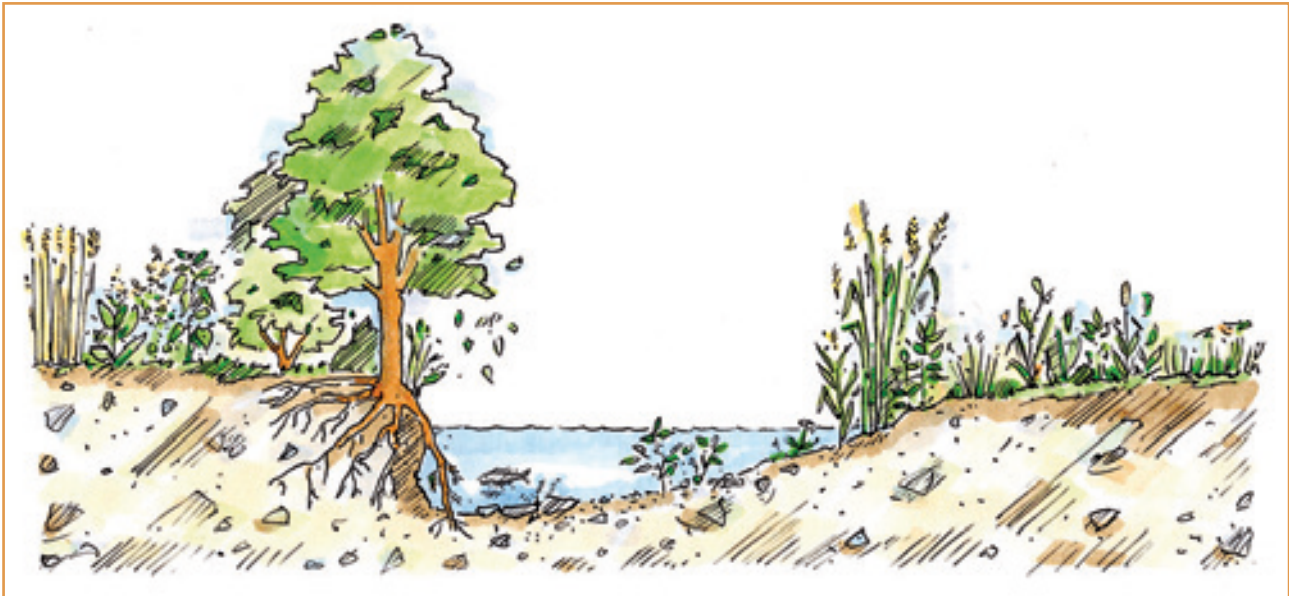


Abb. 3.1: Außenbereich – Naturnahe Vegetationsstrukturen erfüllen wichtige ökologische Funktionen.

3.2.2 WASSERSPEICHERUNG UND SICHERUNG DES WASSERABFLUSSES

Im besiedelten Bereich (**Innenbereich**) steht die Sicherung des gefahrlosen Wasserabflusses im Vordergrund. Der **Gewässerrandstreifen** muss von Abflusshindernissen und abgelagerten Gegenständen freigehalten werden, die den Wasserabfluss behindern oder fortgeschwemmt werden können (§ 38 Abs. 4 Nr. 4 WHG). Naturnahe Strukturen, die das Abflussvermögen reduzieren, können nur so weit akzeptiert werden, wie die Belange des Hochwasserschutzes nicht beeinträchtigt werden. Die ökologische Entwicklung des Gewässerrandstreifens und der Ufervegetation ist folglich danach auszurichten. Sofern nach Naturschutzrecht besonders geschützte Arten (vgl. § 7 Abs. 2 Ziff. 13 BNatSchG) von Maßnahmen zur Freihaltung von Abflusshindernissen erheblich beeinträchtigt werden können, sind diese vor der Durchführung mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen.

Im **Außenbereich** hingegen spielt die verbesserte Wasserspeicherung und die damit verbundene Abflussverzögerung durch den Gewässerrandstreifen eine größere Rolle. Naturnahe und von Gehölzen bewachsene **Ufer** setzen die Fließgeschwindigkeit und die hydraulische Leistungsfähigkeit herab. Dadurch werden Geschiebetransport und Erosionstätigkeit reduziert und somit einer Tiefenerosion im Gewässer entgegenwirkt. Durch den verzögerten Abfluss wird zugleich ein wichtiger Beitrag zum Wasserrückhalt in der Fläche und damit zur Verminderung von Hochwasserrisiken geleistet. Ein gut entwickelter Gewässerrandstreifen kann vor allem an kleineren Gewässern kurzfristig auftretende Abflussspitzen, z. B. nach Starkregenereignissen, dämpfen und somit zu einer Verminderung des Hochwasserrisikos beitragen.



Abb. 3.2: Innenbereich – Die Sicherung des Wasserabflusses kann die Entwicklung naturnaher Vegetationsstrukturen einschränken.

3.2.3 VERMINDERUNG VON STOFFEINTRÄGEN AUS DER FLÄCHE

Eine Vielzahl unterschiedlicher Stoffe gelangt über verschiedene Eintragspfade in die Gewässer. Insbesondere der Eintrag von Nährstoffen wie Stickstoff und Phosphor, von Pflanzenschutzmitteln, aber auch von feinkörnigen Bodenpartikeln hat negative Folgen für die chemische Zusammensetzung des Wassers und beeinträchtigt die aquatischen Ökosysteme. Stehende oder gestaute Gewässer reagieren besonders empfindlich auf den Eintrag von sauerstoffzehrenden Schmutz- und Nährstoffen.

Eintragspfade in die Gewässer

Grundsätzlich wird zwischen punktförmigen Eintragspfaden und Einträgen aus der Fläche (diffusen Eintragspfaden) unterschieden. Während die Eintragspfade aus Punktquellen meist eindeutig identifizierbar sind, sind die unterschiedlichen Pfade für Stoffeinträge aus der Fläche schwieriger zu differenzieren.

Punktförmige Eintragspfade: Punktförmige Quellen, wie z. B. Kläranlagen oder industrielle Direkteinleiter, führen dem Gewässer Nähr- oder Schadstoffe an einer klar definierten Stelle auf direktem Wege zu. Zur Reduzierung der Einträge aus Punktquellen sind umfangreiche Maßnahmenprogramme in der Umsetzung.

Diffuse Eintragspfade: Nähr- und Schadstoffe aus der Fläche gelangen auf verschiedenen Eintragspfaden in die Gewässer - siehe Abb. 3.4.

Direkter Eintrag:

- Bei Einhaltung der guten fachlichen Praxis erfolgt kein direkter Eintrag von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in die Gewässer. Diese gelangen daher nur bei unsachgemäßer Ausbringung direkt in das Gewässer. Auch im Uferbereich weidendes Vieh kann zu einem direkten Stoffeintrag in die Gewässer führen - siehe auch Kapitel 4.4.2 - Landwirtschaft.

Indirekter Eintrag:

- **Eintrag über den Wind:** Bei starken Winden können mit dem Wind Bodenpartikel sowie daran anhaftende Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel in die Gewässer gelangen (Winderosion).
- **Eintrag aus Abschwemmung:** Über den Oberflächenabfluss gelangen einerseits bereits im Niederschlag gelöste Stoffe aus Luftverunreinigungen in die Gewässer. Andererseits werden so vor allem wasserlösliche Stoffe aus den angrenzenden Flächen durch Abschwemmung in das Gewässer befördert.

- **Eintrag über Zwischenabfluss und Grundwasser:** Ein Teil der Niederschläge und der darin gelösten Stoffe versickert zwar zunächst, gelangt aber über den Zwischenabfluss (**Interflow**) oder aus dem Grundwasser wieder in das Gewässer.
- **Eintrag über den Abfluss aus Dränagen:** Dränagen dienen der Entwässerung landwirtschaftlicher Flächen. Ausgewaschene Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel werden auf diese Weise in die Gewässer geleitet.
- **Eintrag durch Erosion:** Hochwasser- oder Starkregenereignisse können Bodenmaterial sowie die daran anhaftenden Stoffe, z. B. Phosphate, abtragen und in die Gewässer verfrachten.

Eingetragene Stoffe und ihre Wirkungen im Gewässer

Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor sind limitierende Faktoren für das Wachstum der aquatischen Pflanzen, die Grundlage der komplexen natürlichen Nahrungsbeziehungen in stehenden und fließenden Gewässern sind. Eine erhöhte Nährstoffzufuhr in die Gewässer, z. B. aus Kläranlagen ohne ausreichende Phosphatelimination oder aus der Landwirtschaft bei nicht ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung, wirkt wie eine Düngung und führt zu übermäßigem Wachstum der Pflanzen im Wasser. Hierdurch kann es bei starker Sonneneinstrahlung am Tag zu einer toxischen Sauerstoffübersättigung des Wassers kommen. In der Nacht führt der Zerfall des Pflanzenmaterials zu Sauerstoffmangel im Gewässer. Bei ausgeprägtem Sauerstoffmangel und hohen pH-Werten kann als Ammonium vorliegender Stickstoff in das für viele Gewässerorganismen toxisch wirkende Ammoniak umgewandelt werden. In der Folge kann es zu Fischsterben kommen. Die **Eutrophierung** von Gewässern zieht aber auch ohne akute Schädigung von Gewässertieren eine Veränderung der Lebensgemeinschaften nach sich, weil an nährstoffarme und dauerhaft sauerstoffreiche Gewässer angepasste Arten verschwinden.

- Stickstoff in Form von Nitrat ist sehr gut wasserlöslich und versickert leicht im Boden. So gelangt er vor allem über Grundwasser, Zwischenabfluss oder über Dränagen in die Gewässer.
- Phosphoreinträge in Gewässern stammen aus Kläranlagen und aus landwirtschaftlich genutzten Flächen. Phosphor kommt in der Natur vor allem in Form von Orthophosphat vor, das nur schwer löslich ist und sich, angehaftet an Bodenpartikeln, im Boden anreichert. Daher gelangt Phosphor aus landwirtschaftlich genutzten Flächen hauptsächlich über Abschwemmung und Erosion in die Gewässer.

Bei unsachgemäßer Anwendung durch die Landwirtschaft oder durch private Nutzer kann der Eintrag von **Pflanzenschutzmitteln** in die Gewässer aufgrund deren Giftigkeit gravierende Folgen für die aquatische Flora und Fauna haben und auch in nicht tödlichen Konzentrationen zu einer dauerhaften Schädigung der aquatischen Lebensgemeinschaften führen. Pflanzenschutzmittel gelangen insbesondere über Abschwemmung, den Zwischenabfluss, aber auch über das Grundwasser in die Fließgewässer. Zum Schutz der Gewässer gibt es bei Pflanzenschutzmitteln eine Vielzahl von Anwendungsbestimmungen.

Der Eintrag von **Feststoffen** in Form von Bodenpartikeln in die Gewässer erfolgt vor allem über Erosion und in geringerem Umfang über starken Wind bei Trockenheit. Er erhöht die Schwebstofffracht des Wassers und bewirkt eine Wassertrübung sowie eine Verstopfung des Lückensystems der Gewässersohle - siehe hierzu Kapitel 3.2.1 - Verhinderung der **Kolmation** der Gewässersohle.

Ein Großteil des Stickstoffs (71 %) und etwas mehr als die Hälfte des Phosphors (54,2 %) gelangen über diffuse Quellen, also Eintragspfade aus der Fläche, in die Fließgewässer Baden-Württembergs (Bewirtschaftungsplan 2015) - siehe Abb. 3.3.

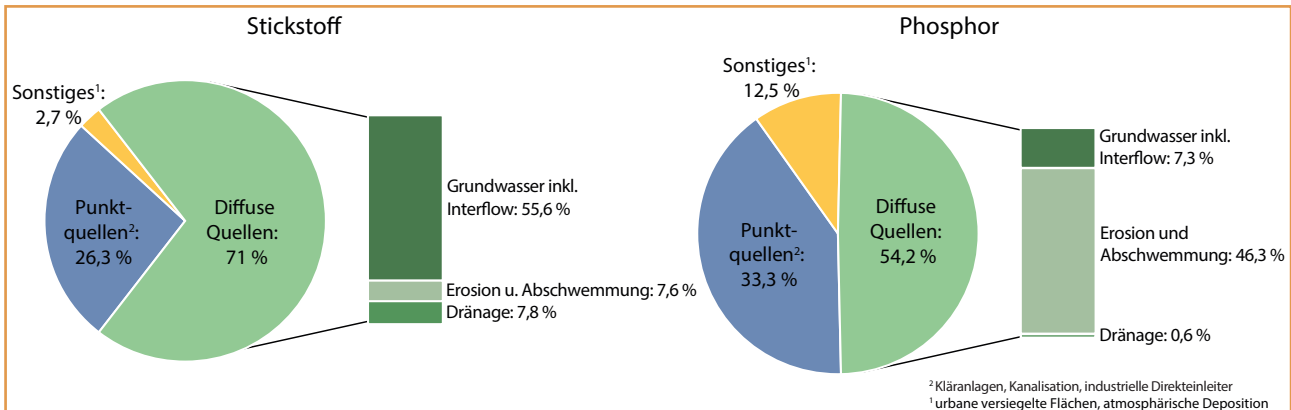


Abb. 3.3: Verteilung des Stickstoff- und Phosphoreintrags in die Gewässer in Baden-Württemberg (Stand 2015)

Zustand der Gewässer in Baden-Württemberg

Ergebnisse über die Zustandsbewertung nach WRRL sind in den Bewirtschaftungsplänen der Bearbeitungsgebiete Alpenrhein/Bodensee, Hochrhein, Oberrhein, Neckar, Main und Donau enthalten. Weitere Informationen finden sich unter: udo.lubw.baden-wuerttemberg.de.

Reduktion von Stoffeinträgen durch den Gewässerrandstreifen

Während der **Gewässerrandstreifen** keinen Beitrag zur Verminderung punktförmiger Stoffeinträge leisten kann, ist er ein wichtiges Instrument zur Verminderung der diffusen Eintragspfade Abschwemmung und Erosion. Die Ufervegetation im Gewässerrandstreifen vermag vor allem den Eintrag von Phosphor und Bodenpartikeln in die Gewässer zurückzuhalten. Darüber hinaus schützen Ufergehölze das Gewässer vor windgetragenen Stoffen - siehe Abb. 3.5.

Die Verbote des § 29 WG im Fünf-Meter-Bereich des Gewässerrandstreifens gehen für den Bereich der landwirtschaftlichen Düngung teilweise über das derzeit gültige landwirtschaftliche Fachrecht hinaus und tragen dazu bei, den direkten Eintrag von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.

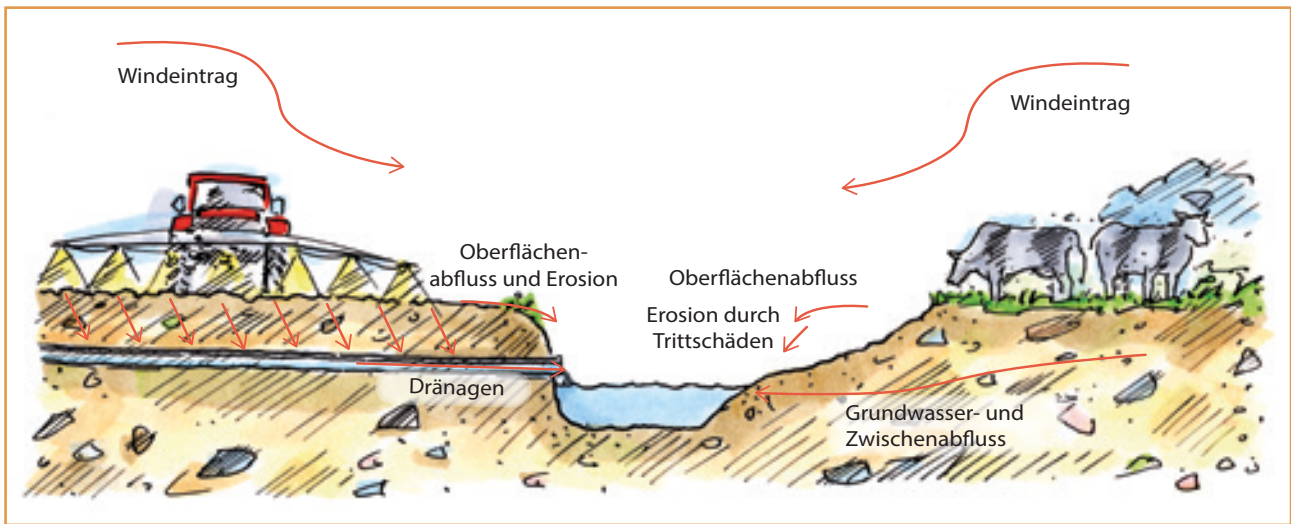


Abb. 3.4: Nährstoffe gelangen auf verschiedenen Eintragspfaden aus der Fläche in die Gewässer.

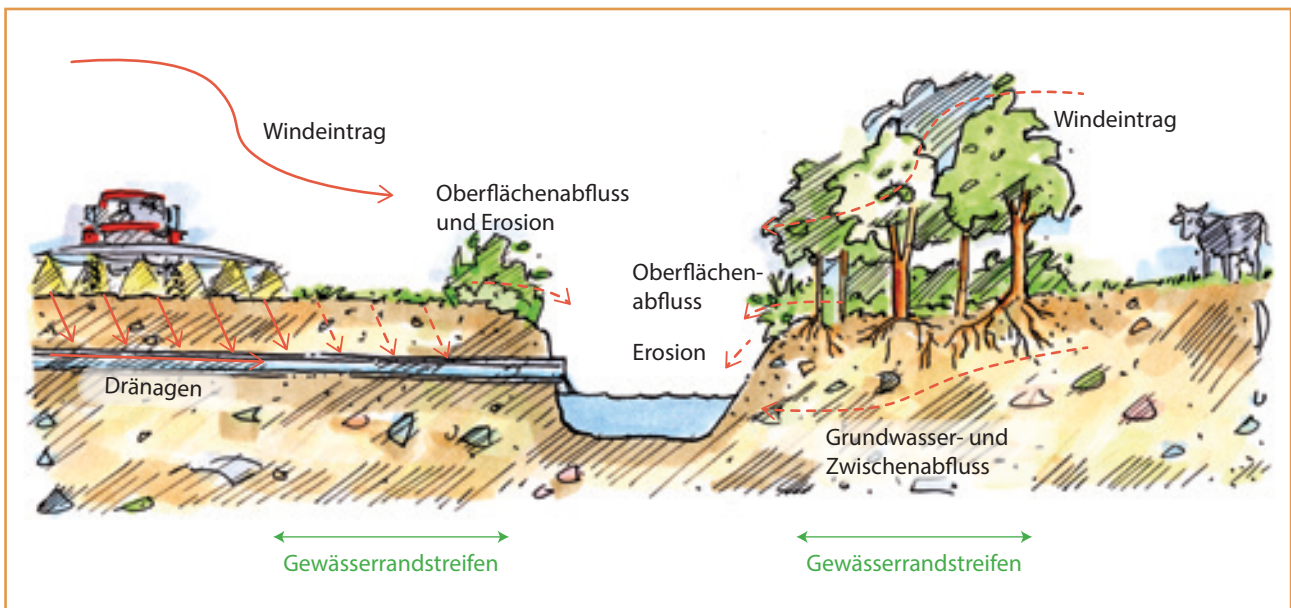


Abb. 3.5: Reduktion der Stoffeinträge aus der Fläche durch Gewässerrandstreifen im Außenbereich

4 Praktische Umsetzung

Aus den gesetzlichen Regelungen und den fachlichen Anforderungen an den **Gewässerrandstreifen** können zahlreiche Hinweise und Vorgaben für die Praxis abgeleitet werden.

4.1 BEMESSUNG DES GEWÄSSERRANDSTREIFENS IN DER PRAXIS

Im Falle einer ausgeprägten **Böschungsoberkante** ist die Bemessung des Gewässerrandstreifens im Gelände in der Regel gut zu erkennen - siehe Kapitel 2.1.2. Kommen zwei oder mehrere Geländelinien als Böschungsoberkante in Betracht (z. B. bei geteilten Profilen), dann ist die Linie maßgebend, die am nächsten über der Linie des mittleren Hochwasserstandes liegt - siehe Abb. 4.4. Ist keine ausgeprägte Böschungsoberkante vorhanden, bemisst sich der **Gewässerrandstreifen** ab der **Mittelwasserlinie**.

Zur Abschätzung der Mittelwasserlinie kann die Ufervegetation herangezogen werden. An naturnahen Fließgewässern stellen feuchtigkeitsliebende Gehölze, z. B. Erlen, Eschen und Weiden, die typische Vegetation entlang der Mittelwasserlinie dar. Röhrichte und Schilfbestände siedeln in der Wasserwechselzone und befinden sich somit meist unterhalb der Mittelwasserlinie. Rasenböschungen hingegen liegen für gewöhnlich oberhalb der Mittelwasserlinie. An ausgebauten oder stark eingetieften Gewässern ist die Vegetationsstruktur nicht immer aussagekräftig. Bei Gewässern mit Tiefenerosion stehen Weiden und Erlen über der Mittelwasserlinie. An diesen Gewässern findet man dann allerdings oft eine ausgeprägte Böschungsoberkante. Ein Hochwasserschutzdamm ist ein Bauwerk, das bei großen Gewässern durchaus weit vom Gewässer abgerückt sein kann. Daher begrenzt die erste natürliche ausgeprägte Böschungsoberkante das **Ufer** - siehe Abb. 4.5.

Bei stehenden Gewässern gilt die gleiche Systematik wie bei Fließgewässern. Dort sind jedoch wesentlich häufiger flache Ufer ohne ausgeprägte Böschungsoberkante zu finden. Zumeist steigt der Seespiegel bei einem mittleren Hochwasser nur gering gegenüber einen mittleren Wasserstand.

Grundsätzlich wird die Breite des Gewässerrandstreifens unabhängig von der Geländeform waagrecht abgemessen. Die folgenden Abbildungen - 4.1 bis 4.6 - zeigen einige Beispiele zur Bemessung des Gewässerrandstreifens bei unterschiedlichen Gewässerquerschnitten.

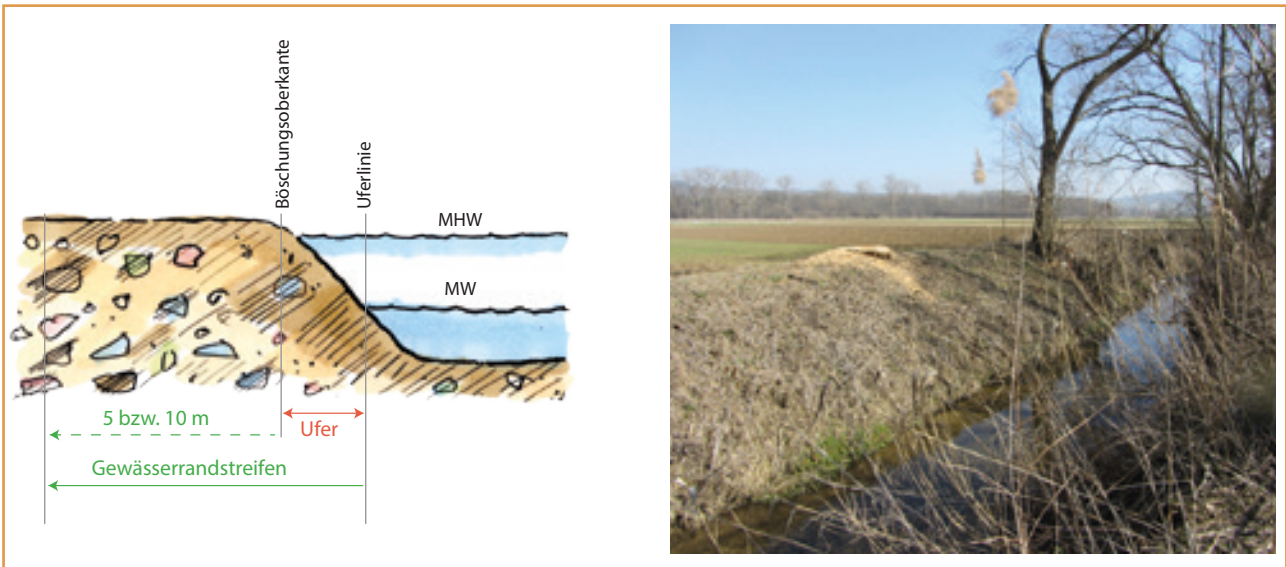


Abb. 4.1: Bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante wird der Gewässerrandstreifen ab der Böschungsoberkante bemessen.

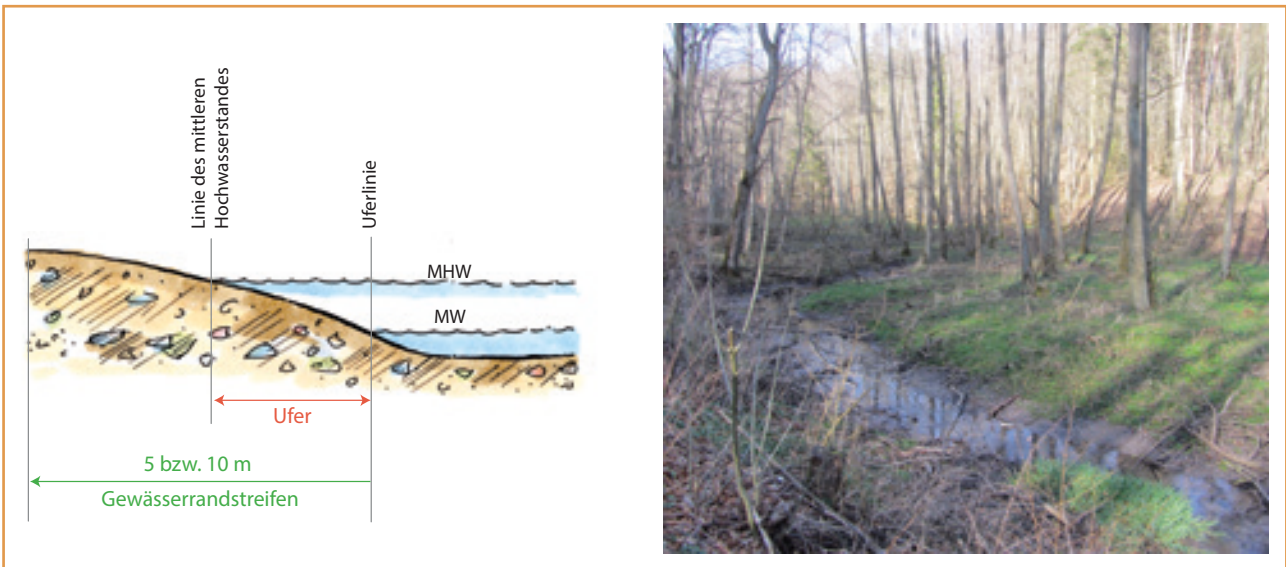


Abb. 4.2: Fehlt eine Böschungsoberkante, z. B. aufgrund eines flachen Ufers, wird der Gewässerrandstreifen ab der Mittelwasserlinie bemessen.

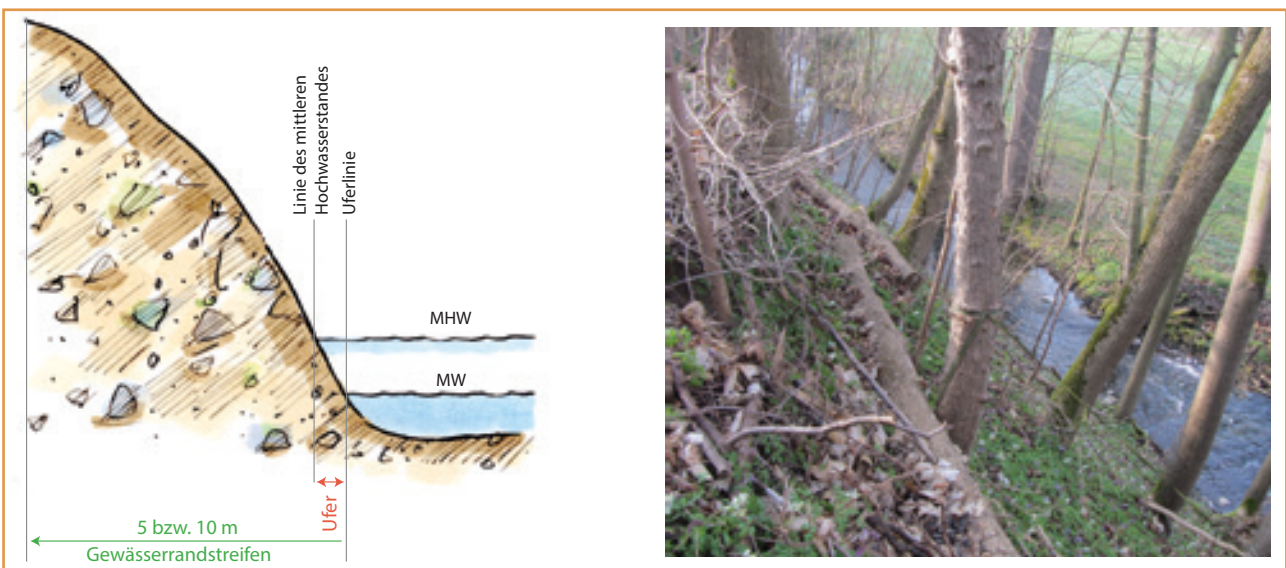


Abb. 4.3: Geht das Ufer direkt in einen steilen Hang über, fehlt ebenfalls eine Böschungsoberkante. Auch hier wird der Gewässerrandstreifen ab der Mittelwasserlinie bemessen.

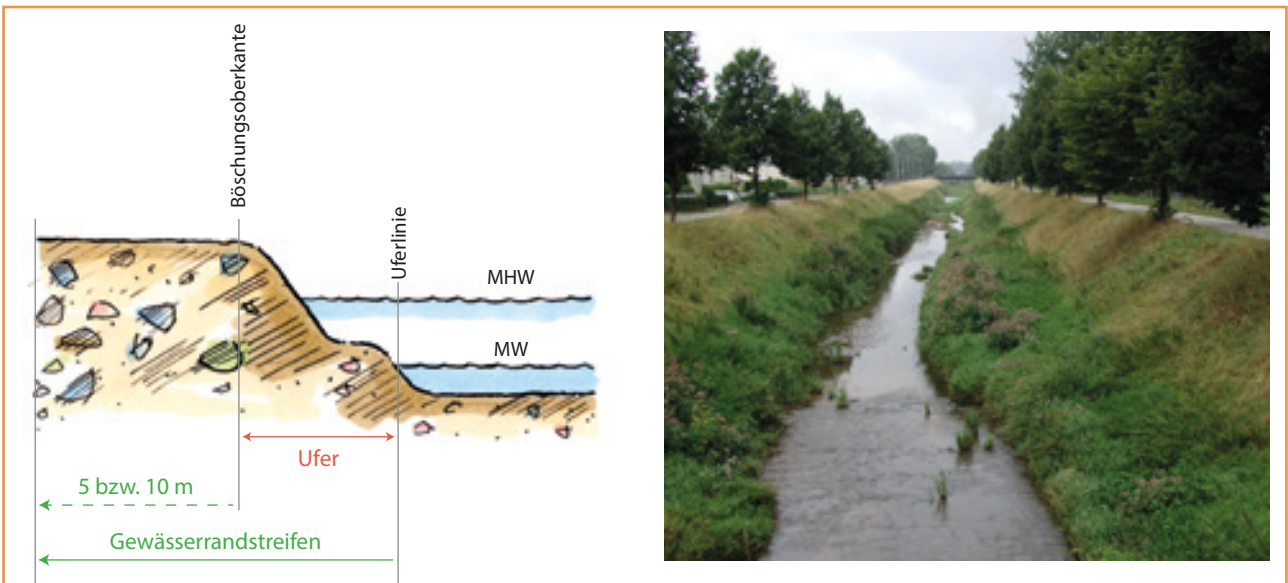


Abb. 4.4: Bei ausgebauten Gewässern mit geteilten Profilen wird der Gewässerrandstreifen ab der Böschungsoberkante des äußeren Trapezes bemessen.

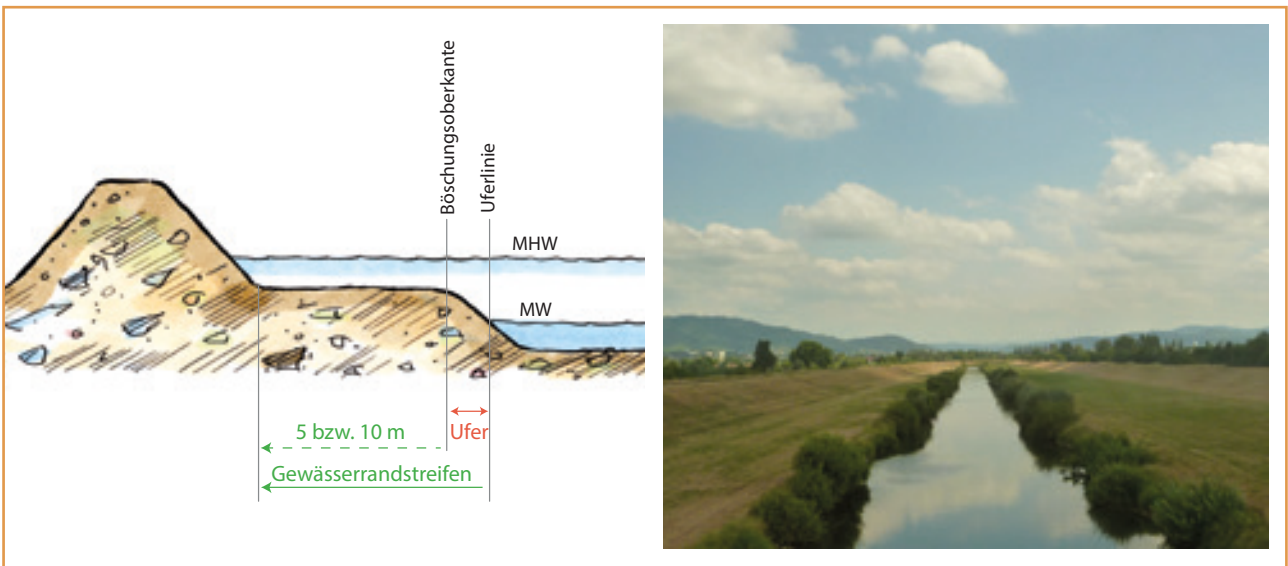


Abb. 4.5: Beim Vorhandensein eines Hochwasserschutzdammes begrenzt die erste natürliche Böschungsoberkante das Ufer.

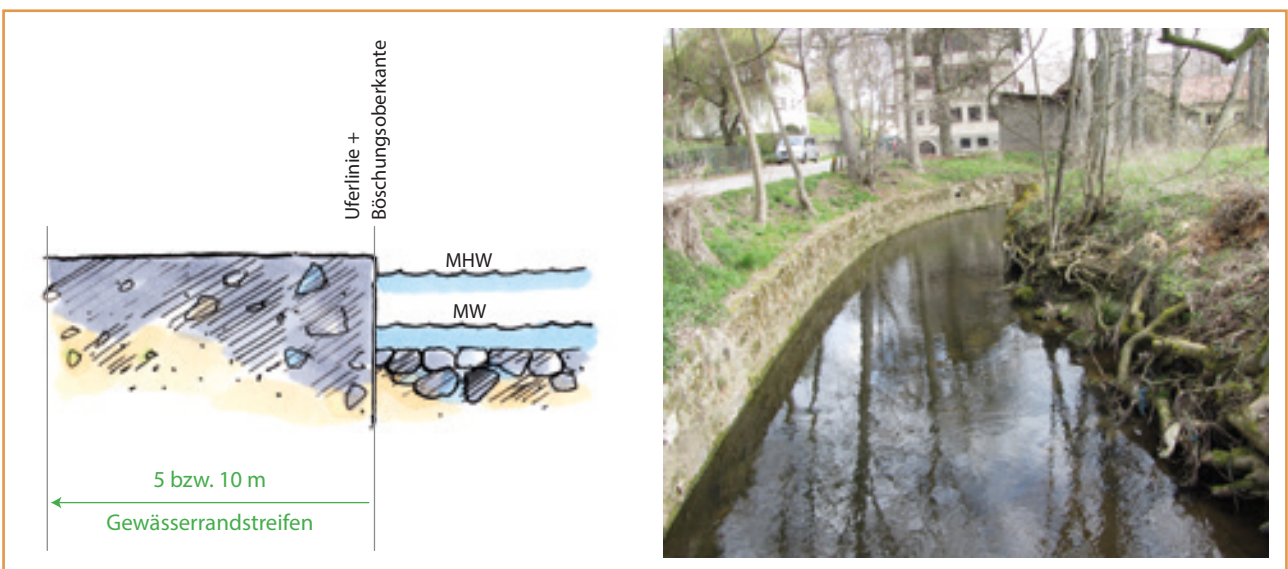


Abb. 4.6: Bei ausgebauten Gewässern mit senkrechter Ufermauer wird der Gewässerrandstreifen direkt ab der Ufermauer bemessen.

4.2 FESTSTELLUNG DER GEWÄSSER MIT GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Die Regelungen zum **Gewässerrandstreifen** gelten in Baden-Württemberg an allen fließenden und stehenden oberirdischen Gewässern im **Innen-** und im **Außenbereich**, mit Ausnahme von Gewässern von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Diese sind von den Regelungen zum Gewässerrandstreifen sowie von einigen weiteren wasserrechtlichen Regelungen ausgenommen - siehe Abb. 2.3.



Abb. 4.7: Wasserstaffeln in Weinbergen sind oft Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung.



Abb. 4.8: Gleiches gilt für Entwässerungsgräben.

Verdoltte Gewässer, also Gewässer, die unterirdisch verlaufen, besitzen keinen Gewässerrandstreifen, da es in diesem Fall keinerlei anschließende „Landfläche“ gibt.

Oberirdische Gewässer und Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung

Der Begriff der „wasserwirtschaftlich untergeordneten Bedeutung“ wurde bereits im ersten Wasserhaushaltsgesetz des Bundes aus dem Jahr 1957 verwendet. Konkret in Zusammenhang gebracht mit dem Gewässerrandstreifen wurde dieser Begriff mit der Einführung des § 68b WG zum 1. Januar 1996. Die damalige Gesetzesbegründung sowie die Kommentarliteratur zum Wasserhaushaltsgesetz und zum Wassergesetz liefern eine Vielzahl von Auslegungshilfen für die Beurteilung von Zweifelsfällen.

Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung können sein:

- Straßenseitengräben als Bestandteil von Straßen (§ 2 Abs. 2 WHG)
- Be- und Entwässerungsgräben (§ 2 Abs. 3 WG)
- sonstige kleine Gewässer, die nicht ständig Wasser führen und ohne wasserwirtschaftliche Funktion sind
- Gewässer mit einem Einzugsgebiet kleiner als zehn Hektar
- Gewässer, an denen nur wenige Grundstücke liegen (entscheidend ist aber letztlich nicht die Zahl der berührten Grundstücke, sondern deren Fläche)

Für die Bedeutung eines Gewässers können jedoch auch weitere Faktoren eine Rolle spielen, z. B. wenn ein Bach natürlichen Ursprungs mit einer naturgegebenen Vorfluteigenschaft vorliegt, wenn aufgrund der Art der Nutzung der umliegenden Grundstücke oder der topografischen Verhältnisse mit einem nicht unerheblichen Schadstoffeintrag zu rechnen ist oder wenn neben der Be- und Entwässerung noch eine wichtige andere Funktion vorliegt, z. B. die Verhinderung der Folgen von Bodenerosionen in landwirtschaftlichen Intensivkulturen oder auch der Schutz vor Überflutungen.



Abb. 4.9: Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung

Bei der Entscheidung, ob es sich bei einem Gewässer um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt, dient das Amtliche Digitale Wasserwirtschaftliche Gewässernetz (**AWGN**) als Orientierungshilfe. Dieses stellt die Geometrie und die Sachdaten von oberirdischen Gewässern und deren Einzugsgebieten in Baden-Württemberg zur Verfügung (LUBW, 2009). Ist ein Gewässer nicht im AWGN aufgeführt, so können Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigte zunächst davon ausgehen, dass es sich um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt.

Ist ein Eigentümer oder Nutzungsberechtigter der Ansicht, dass es sich bei einem im AWGN geführten Gewässer um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt, muss er sich mit der zuständigen Wasserbehörde in Verbindung setzen, um den Sachverhalt (ggf. durch einen Ortstermin) im Einzelfall zu klären.

Gelangt die zuständige Wasserbehörde zu der Erkenntnis, dass es sich bei einem Gewässer nicht um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt, teilt sie dieses dem anfragenden Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigten in einem schriftlichen Bescheid mit. Für die Zukunft müssen nun die gesetzlichen Regelungen innerhalb des Gewässerrandstreifens eingehalten werden.

Es ist zu beachten, dass die Daten des AWGN im Internet einmal jährlich aktualisiert werden. Bei dieser Aktualisierung können neue Gewässer aufgenommen werden. Die Daten des AWGN sind über den Daten- und Kartendienst der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) öffentlich zugänglich unter udo.lubw.baden-wuerttemberg.de.

4.3 GEWÄSSERBEGLEITENDE VEGETATIONSSTRUKTUREN

Die meisten mitteleuropäischen Fließgewässer außerhalb von Kerbtälern waren ursprünglich von mehr oder minder breiten Auwäldern umgeben, einer natürlichen Pflanzengesellschaft im Überschwemmungsbereich von Fließgewässern, die durch regelmäßige Überflutung und schwankende Grundwasserstände geprägt ist. Diese natürlicherweise an Fließgewässern vorherrschende Vegetation ist durch zunehmende menschliche Nutzung und den Ausbau der Gewässer weitestgehend verschwunden. Mit dem Verschwinden der Auwälder ging auch der Verlust der zahlreichen wichtigen Funktionen einher, die diese ursprünglich erfüllten. Zumindest ein Teil dieser Funktionen - siehe Kapitel 3.2 - kann durch eine naturnahe Vegetation im **Gewässerrandstreifen** übernommen werden. Aufgrund der hohen naturschutzfachlichen Bedeutung naturnaher Gewässerrandstreifen sind diese als Biotop nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt.

Ein **gewässerbegleitender Gehölzsaum**, der sich aus standorttypischen Arten (z. B. Weiden, Erle, Esche) zusammensetzt, ist die Vegetationsform, die die Funktionen eines Auwaldes am ehesten übernehmen kann und somit als vorrangiges Entwicklungsziel im Gewässerrandstreifen gilt - siehe hierzu Kapitel 4.4.1.



Abb. 4.10: Gewässerbegleitende Gehölze sorgen u. a. für Beschattung, vermindern unerwünschte Stoffeinträge und stellen wertvolle Lebensräume dar.

An ungenutzten und unbeschatteten Ufern können sich **Hochstaudenfluren** entwickeln. Diese aus hochwachsenden, mehrjährigen krautigen Arten zusammengesetzten Pflanzengesellschaften stellen einen wichtigen Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen dar. Hochstaudenfluren sind im Zuge der zunehmenden Nutzung des Gewässerumfelds seltener geworden. Viele der verbliebenen Hochstaudenfluren sind heute gefährdet. Sie werden zunehmend von nitrophilen (stickstoffliebenden) Pflanzen (z. B. Brennnessel) oder von Neophyten (invasive Arten) verdrängt. An kleineren Fließgewässern können Hochstaudenfluren einige Funktionen von Ufergehölzen übernehmen und für die Stabilisierung des Ufers sowie für Beschattung des Gewässers sorgen. An größeren Gewässern können Hochstaudenfluren sowohl landseitig den Gehölzen vorgelagert sein als auch innerhalb der Wasserwechselzone unterhalb der **Böschungsoberkante** gefördert werden (DWA, 2012).



Abb. 4.11: Hochstaudenfluren finden sich z. B. an ungenutzten und unbeschatteten Ufern.

Typische Pflanzengesellschaften der Wasserwechselzone sind **Röhrichte**. Sie kommen vor allem an stehenden Gewässern vor und stellen einen äußerst wertvollen Lebensraum für unzählige Tiere und Pflanzen dar. Es dominieren großwüchsige schilfartige Grasarten wie Rohrglanzgras, Schilf oder Rohrkolben. An sehr kleinen Fließgewässern mit flachen Ufern können Röhrichte, ähnlich wie Hochstaudenfluren, bestimmte Funktionen von Ufergehölzen (z. B. Beschattung) übernehmen. An größeren Gewässern können Röhrichte einem Gehölzbestand zum Gewässer hin vorgelagert sein.



Abb. 4.12: Röhrichte sind eine typische Pflanzengesellschaft der Wasserwechselzone z. B. von Seen.

Neophyten

Vor allem in gehölzfreien oder gehölzarmen Bereichen kommt es entlang der Gewässer oftmals zu Problemen durch die Ausbreitung von Neophyten (nicht einheimische Pflanzen). Diese siedeln sich bevorzugt an offenen Uferabschnitten oder auf Rohbodenstandorten an, wie sie im Zuge von Umgestaltungsmaßnahmen an Gewässern regelmäßig entstehen (WBWF, 2005). Ihre charakteristischen Eigenschaften, wie beispielsweise schnelles Wachstum, rasche Ausbreitung oder Unempfindlichkeit gegen heimische Schädlinge, begünstigen das Vorkommen von Neophyten gegenüber weniger konkurrenzstarken einheimischen Pflanzenarten.

Neophyten wirken sich nachteilig auf das Gewässerökosystem aus. Da ihre Wurzeln keine Uferstabilisierung bewirken, werden die **Ufer** oft erodiert. Haben sich Neophyten erst einmal am Gewässerufer angesiedelt, ist eine Eindämmung ihrer weiteren Ausbreitung meist schwierig. Eine intensive lokale Bekämpfung ist nur dann sinnvoll, wenn die Ausbreitung noch nicht sehr weit vorangeschritten und von oberhalb keine ständige Nachlieferung aufgrund von bestehenden Neophytenbeständen zu erwarten ist (Initialstadium der Ausbreitung) oder wenn unterhalb des betroffenen Standorts Gewässerabschnitte existieren, die völlig frei von der betreffenden Art sind.



Abb. 4.13: Ein häufig an Gewässern anzutreffender Neophyt - das Indische Springkraut (*Impatiens glandulifera*)

4.4 GEWÄSSERRANDSTREIFEN IM AUSSENBEREICH

Die in Kapitel 3 beschriebenen Funktionen des **Gewässerrandstreifens** können inner- und außerorts nicht gleichermaßen erfüllt werden. Daher ergeben sich für die praktische Umsetzung im **Außenbereich** teilweise abweichende Vorgaben vom **Innenbereich**.

4.4.1 ENTWICKLUNGSZIELE IM AUSSENBEREICH

Da die Mehrzahl der Gewässer im **Außenbereich** ausgebaut und durch menschliche Nutzung geprägt ist, können diese ihre ökologischen Funktionen nur unzureichend erfüllen. Daher sind die vorrangigen Ziele des **Gewässerrandstreifens** im Außenbereich

- die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer,
- die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen und
- die Wasserspeicherung in der Fläche.

Die an den meisten mitteleuropäischen Fließgewässern ursprünglich vorhandenen natürlichen Auen waren für die Erfüllung all dieser Funktionen optimal geeignet. Ihre Wiederherstellung ist heute aufgrund von anderen Nutzungsformen entlang der Gewässer nur noch an wenigen Stellen realisierbar und kann innerhalb des Gewässerrandstreifens nur in geringem Umfang erreicht werden. Zur Wiederherstellung von Auen wären großflächige **Entwicklungskorridore** entlang der Gewässer notwendig, die als Grundlage einer naturnahen Gewässerentwicklung anzustreben und in Gewässerentwicklungspläne aufzunehmen sind.

Dennoch kann der Gewässerrandstreifen vor allem im Außenbereich dazu beitragen, wieder naturnahe und ökologisch funktionsfähige Gewässer zu entwickeln. Welche Vegetationsstrukturen im Gewässerrandstreifen am besten geeignet sind, die ökologischen Anforderungen zu erfüllen, hängt von unterschiedlichen örtlichen Faktoren wie z. B. von der Topografie oder von der angrenzenden Nutzung ab. Daraus ergeben sich verschiedene Entwicklungsziele für den Gewässerrandstreifen im Außenbereich.

Bestehen keine Einschränkungen aus angrenzender Nutzung oder keine weiteren Konflikte - siehe Kapitel 4.4.2, sind im Außenbereich **standorttypische Gehölze** im Gewässerrandstreifen anzustreben, im Idealfall auf der gesamten Breite - siehe Abb. 4.14. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Gewässerrandstreifen seine Funktionen in ausreichendem Maße erfüllen kann. Zum Gewässer hin können **Röhrichte oder Hochstaudensäume** strukturreiche Übergänge schaffen. Auch innerhalb des Gehölzsaumes sollte mithilfe von Sträuchern und einer Krautschicht für Strukturreichtum gesorgt werden. Um eine Beschattung der angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzpflanzen zu vermeiden, kann zwischen den gewässerbegleitenden Gehölzen und der angrenzenden ackerbaulichen Nutzung ein Hochstaudensaum entwickelt werden - siehe Abb. 4.15.

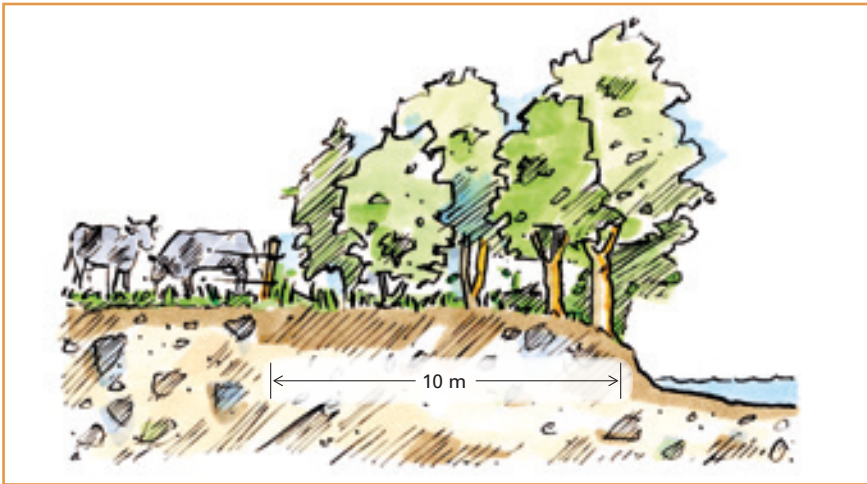


Abb. 4.14: Auf der ganzen Breite des Gewässerrandstreifens wachsen Gehölze. Die angrenzende Weide ist mit einem Zaun abgegrenzt.

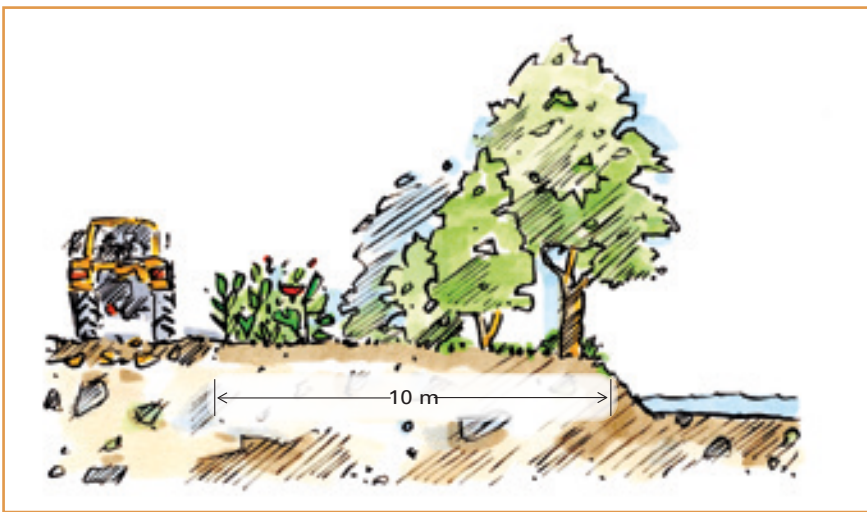


Abb. 4.15: Gewässerrandstreifen mit Kombination aus landseitigem Hochstaudensaum und Ufergehölzen, angrenzend an eine ackerbauliche Nutzung

Entlang **größerer Gewässer**, wo wenig Raum zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung steht, z. B. in **engen Tallagen**, können Teile des Gewässerrandstreifens auch in Form von extensiv bewirtschaftetem Grünland genutzt werden. Als Übergang zwischen Grünlandnutzung und einem gewässerbegleitenden Gehölzsaum bietet sich ein Hochstaudensaum an.

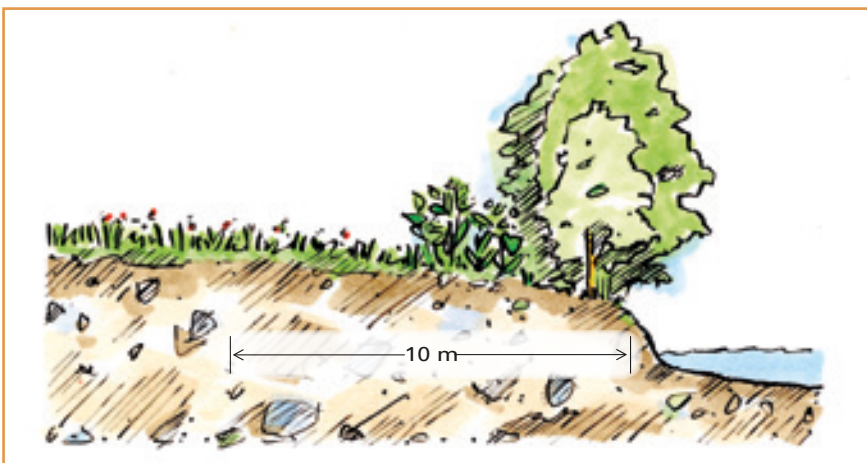


Abb. 4.16: Gewässerrandstreifen mit Kombination aus schmalen Gehölzsaum am Ufer, einem Hochstaudensaum als Übergang und angrenzend extensiver Grünlandnutzung (z. B. in engen Tallagen)

Vor allem an **sehr kleinen Bächen**, die bereits in einem naturnahen und ökologisch funktionsfähigen Zustand sind, kann ein ausreichend breiter Röhricht- bzw. Hochstaudensaum entlang des Gewässers den ökologischen Anforderungen genügen. Landseits angrenzend ist eine Nutzung in Form von extensiv bewirtschaftetem Grünland möglich.

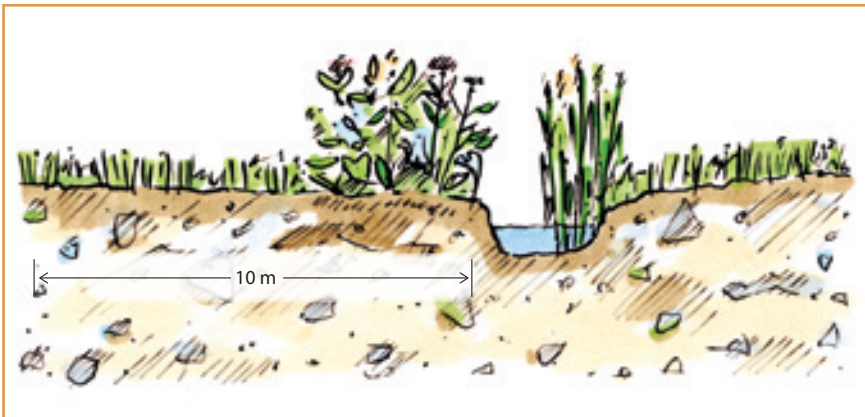


Abb. 4.17: Kombination aus extensiver Grünlandnutzung und Hochstaudensaum bzw. Röhrichtsaum im Gewässerrandstreifen, z. B. an sehr kleinen Gewässern

Wenn keine Gehölze zugelassen werden können, kann Extensivgrünland eine Alternative zu standorttypischen Gehölzen sein. Durch Verzicht auf Umbruch, Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie durch eine den Entwicklungszielen angepasste Mahd (in der Regel ein- bis zweimal im Jahr) kann unter anderem unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Vorgaben die Artenvielfalt gefördert werden. Extensives Grünland kann als Pufferfläche dienen und direkte Stoffeinträge aus angrenzender ackerbaulicher Nutzung verhindern. Die Sicherung des Hochwasserabflusses oder Belange des Arten- und Biotopschutzes können Anlass sein, den Gewässerrandstreifen als extensives Grünland zu pflegen.

Die Ufervegetation sowie der Gewässerrandstreifen entlang von **Seen** dienen als Lebens- und Fluchtraum für amphibische und aquatische Tiere. Der Gewässerrandstreifen bildet eine Pufferzone, die das Gewässer vor dem Eintrag von Nähr- und Schadstoffen schützt. Je nach Ausprägung des Ufers ist die natürliche Vegetation unterschiedlich ausgebildet. Bei einem Flachufer finden sich direkt am Wasserrand vereinzelt Bäume. Röhricht und Großseggenriede liegen im Schwankungsbereich des Seespiegels. Dahinter folgen Gebüsch z. B. aus Weiden, an die Gehölze wie beispielsweise die Esche (*Fraxinus excelsior*) oder die Schwarzerle (*Alnus glutinosa*) anschließen. Röhrichte sind wirksame Puffer zwischen **Ufer** und Wasser, da sie den diffusen Stoffeintrag in den See vermindern. Außerdem können durch mikrobielle Stoffwechselprozesse die Nährstoffe Phosphor und Stickstoff teilweise zurückgehalten werden. Als Lebensraum für diverse Vogelarten sowie als Laichplätze und Rückzugsmöglichkeiten für Jungfische stellen sie einen wichtigen Funktionsraum des stehenden Gewässers dar. Um eine mögliche Beeinträchtigung der Röhrichtbestände durch beschattende Gehölze zu vermeiden, kann es ggf. sinnvoll sein, direkt am Ufer keine Gehölze wachsen zu lassen. Bei steilen Ufern grenzen Gehölze direkt an das Ufer an (Institut für Seenforschung, 2009).

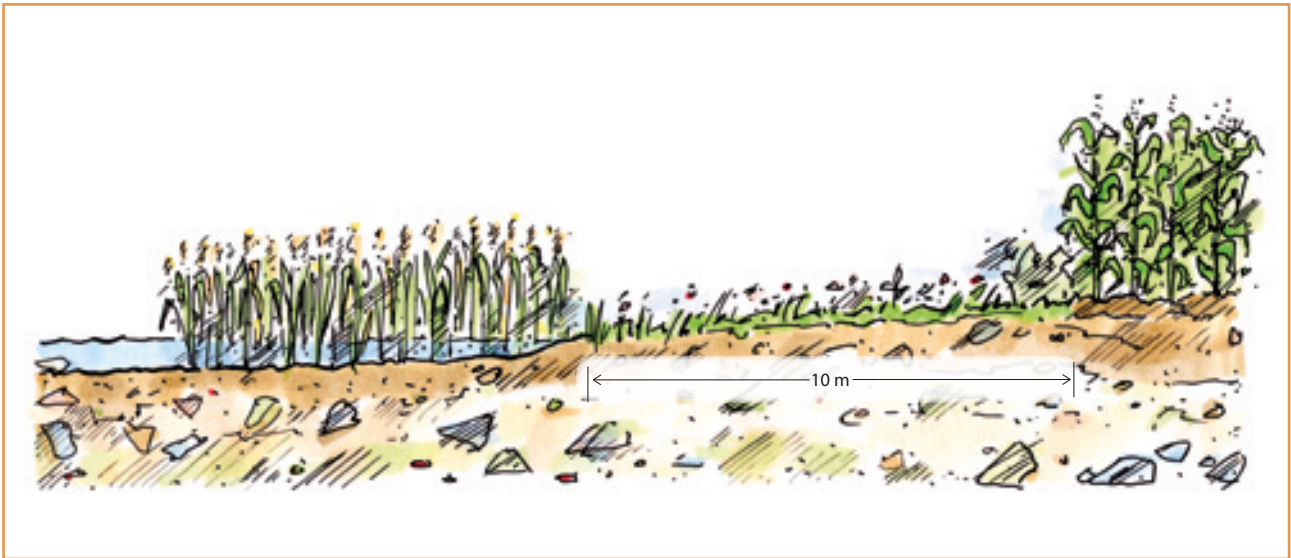


Abb. 4.18: Am Flachufer eines Sees befinden sich am Wasserrand Röhrichte und Großseggenriede. Extensives Grünland schließt sich im Gewässerrandstreifen an.

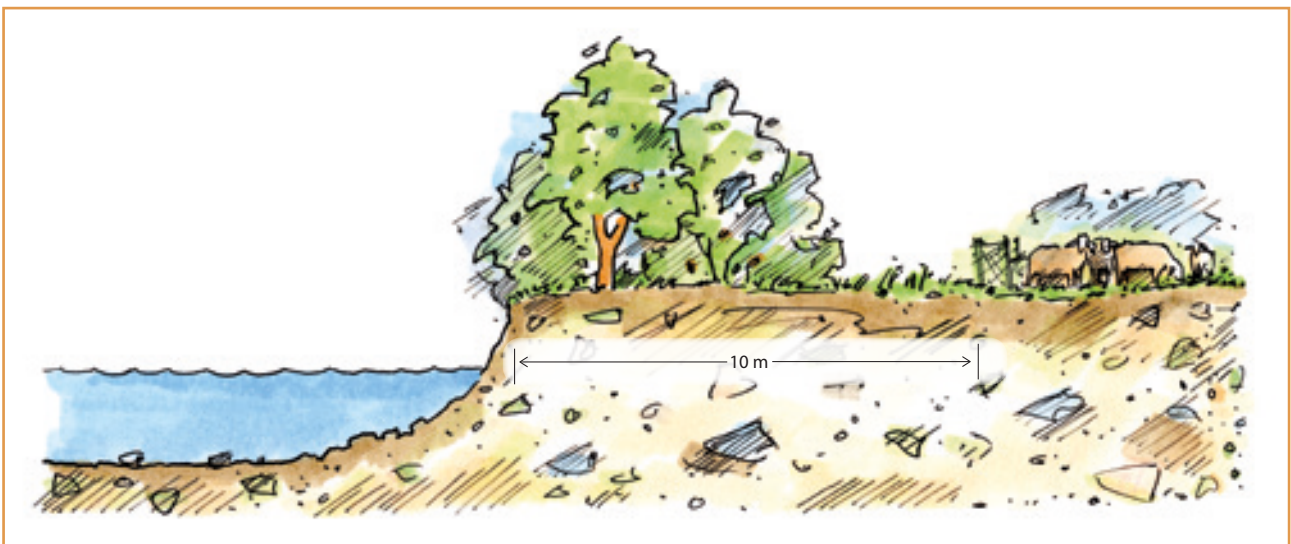


Abb. 4.19: Am Steilufer eines Sees grenzen Gehölze direkt an das Ufer an.

4.4.2 ZIELKONFLIKTE UND LÖSUNGEN IM AUSSENBEREICH

Durch die vielfältigen Ansprüche, die durch unterschiedliche Nutzungen an die Gewässerumgebung und mit ihr an den **Gewässerrandstreifen** gestellt werden, kommt es zu verschiedenen Zielkonflikten, insbesondere mit dem Arten- und Biotopschutz, der landwirtschaftlichen Nutzung, dem Hochwasserschutz und der Nutzung von Kleingartenanlagen.

Arten- und Biotopschutz

Bei der Entwicklung von Ufergehölzen im Gewässerrandstreifen können Belange des Arten- und Biotopschutzes beeinträchtigt werden. So kann z. B. das Vorkommen von Offenlandarten bzw. wiesenbrütenden Vogelarten zur Folge haben, dass keine Gehölzbestände in einem Gewässerrandstreifen zugelassen werden können. Ein Beispiel ist die Helm-Azurjungfer (*Coenagrion mercuriale*), eine streng nach Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützte Libellenart, die auf ein gehölzfreies, strukturreiches Gewässerumfeld angewiesen ist. Beispiele für wiesenbrütende Vogelarten sind der Kiebitz (*Vanellus vanellus*) oder das Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*).

Das Verschlechterungsverbot für die Arten und Lebensraumtypen (LRT) der FFH- und Vogelschutzrichtlinie (FFH-RL Art. 6 Nr. 2, VS-RL Art. 4 Nr. 4) kann ebenfalls zu einer Beschränkung der Gehölzentwicklung im Gewässerrandstreifen führen. So darf z. B. der Lebensraumtyp 6430 „Feuchte Hochstaudenfluren“ nicht beeinträchtigt werden.



Je nach den Ansprüchen der vorkommenden Arten und Lebensraumtypen ist es zielführend, z. B. einem Hochstaudensaum oder extensivem Grünland entlang des betreffenden Gewässerabschnittes den Vorzug vor den Gehölzen zu geben.

An Gewässern, an denen sich der Biber angesiedelt hat, führt dessen gestalterisches Wirken zu sehr naturnahen Lebensräumen. Ansprechpartner für die Lösung ggf. auftretender Zielkonflikte mit anderen Nutzungen ist das Bibermanagement bei den Land- und Stadtkreisen (untere Naturschutzbehörde). Weitere Informationen finden sich z. B. unter www.fachdokumente.lubw.baden-wuerttemberg.de mit dem Suchbegriff „Biber“ oder bei den Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen unter dem Stichwort „Bibermanagement“.

Landwirtschaft

Ackerbauliche Nutzung: In Baden-Württemberg sind ca. 1.600 Hektar Ackerfläche von den Regelungen zum Gewässerrandstreifen betroffen; das sind 0,2 % der Gesamtackerfläche des Landes (Mitteilung des Umweltministeriums an den Landtag in der Begründung zum Gesetzentwurf). Das Verbot, Dünge- und Pflanzenschutzmittel in einem Abstand von fünf Metern zum Gewässer einzusetzen, bedeutet eine Einschränkung bei der Bewirtschaftung der an die Gewässer angrenzenden Flächen. Allerdings war die Anwendung von Düngemitteln im Bereich des Gewässerrandes bisher schon über die Düngeverordnung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln am Gewässer im Rahmen des geltenden Pflanzenschutzrechts je nach Wirkstoff, Präparat, Anwendungsbereich und eingesetzter Technik durch Abstandsaufgaben eingeschränkt. Bei naturnahen, von Gehölzen bestandenen Gewässerrandstreifen kann es durch Beschattung oder durch die Einwanderung von Schädlingen in die angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen zu Ertragsverlusten kommen.



Um erosionsbedingte Stoffeinträge zu minimieren, regelt die Erosionsschutzverordnung des Landes das Pflügen auf erosionsgefährdeten Flächen. Darüber hinaus haben sich erosionsmindernde Maßnahmen auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewährt, wie reduzierte Bodenbearbeitung durch Mulch- und Direktsaat, Begrünungsmaßnahmen und hangparallele Bearbeitung.

Eine gezielt angelegte Begrünung des Gewässerrandstreifens ist aus phytosanitärer Sicht dem bloßem Verzicht auf Pflanzenschutzmittel in der Kultur auf jeden Fall vorzuziehen, da der Befallsdruck einer Begrünung geringer ist als der eines unbehandelten mit den Kulturpflanzen bestandenen Randstreifens. Der begrünte Streifen bedarf der gezielten Pflege. Sonst besteht die Gefahr, dass nicht erwünschte Kräuter und Gräser in die Fläche einwandern. Ebenso bietet der unbearbeitete Randstreifen ein geeignetes Habitat für die Entwicklung von Feldmauspopulationen sowie für Blattläuse und Zikaden, die Viren übertragen können. Pilzkrankheiten können sich generell in dem feuchteren Klima am Gewässer gut vermehren und anfällige Getreidearten infizieren, wenn der Streifen nicht frühzeitig vor der Blüte der Gräser gemäht wird. Andererseits bietet ein begrünter Randstreifen, insbesondere wenn er mit Sträuchern und Bäumen bestanden ist, auch einen Rückzugsort für Nützlinge wie z. B. Blattlausgegensepieler, Spinnen und Laufkäfer, die auf den Schädlingsbefall im benachbarten Schlag regulierend wirken können. Ob eher der positive oder eher der negative Effekt eines begrünten oder mit Bäumen und

Sträuchern bestandenen Randstreifens wirksam wird, hängt von der angebauten Kultur, von der Witterung und insbesondere von der Pflege des Randstreifens ab.

Auch wenn ab 2019 die ackerbauliche Nutzung im Gewässerrandstreifen (innerhalb eines Bereichs von fünf Metern) nicht mehr möglich ist, kann für die betroffenen Flächen - sofern sie zuvor als Acker genutzt wurden - der Status als Ackerflächen erhalten bleiben. Hierzu ermöglicht das baden-württembergische Wassergesetz auch nach 2019 im Gewässerrandstreifen auf bisherigen Ackerflächen die Anpflanzung von Gehölzen mit Ernteintervallen von mehr als zwei Jahren (Kurzumtriebsplantagen) sowie die Anlage und den umbruchlosen Erhalt von Blühstreifen in Form von mehrjährigen nektar- und pollenspendenden Trachtflächen für Insekten (§ 29 Abs. 3 Nr. 3 WG).



Unter einer **Kurzumtriebsplantage (KUP)** versteht man den Anbau von schnellwachsenden Bäumen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen mit dem Ziel der energetischen Verwertung des Holzes. Kurzumtriebsbewirtschaftung bedeutet Anbau und Nutzung von Bäumen innerhalb von kurzen Zeitintervallen. Die Kulturen werden als Kurzumtriebsplantagen (KUP), Kurzumtriebshölzer, schnellwachsende Hölzer, Agrarholz oder als Energiewälder bezeichnet. Der Umtriebszeitraum, d. h. der Zeitraum von Flächenanlage bzw. Neuaustrieb bis zur Ernte, von zwei bis 20 Jahren ist dabei deutlich geringer als bei der waldbaulichen Erzeugung von Holz. Möglich werden diese kurzen Zeiträume durch den Einsatz von schnellwachsenden Baumarten. Sie schöpfen bereits nach wenigen Jahren ihr Wuchspotenzial aus und regenerieren sich nach der Ernte über Stockausschläge oder Wurzelbrut. Mit einer Kurzumtriebsbewirtschaftung können prinzipiell zwei Produktlinien verfolgt werden: Verwendung als Energieholz (Hackschnitzelheizung, Pellets) oder Verwendung als Industrieholz (Zellstoff, Spanplatte). Die Produktlinie entscheidet maßgeblich über das Flächendesign, die Erntetechnik, aber auch über die Anlagekosten. Weitere Hinweise, Erläuterungen und Broschüren sind im Internetangebot des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg unter: www.ltz-bw.de abrufbar.

Da das Wasserhaushaltsgesetz das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen im Gewässerrandstreifen verbietet (§ 38 Abs. 4 S. 2 Nr. 2 WHG), kommen für Kurzumtriebsplantagen im Gewässerrandstreifen aus fachlicher Sicht vor allem Weiden und Schwarzerle (*Alnus glutinosa*) in Frage, da diese Baumarten auch natürlicherweise am Gewässerufer vorkommen (Bärwolff et al., 2013). Die in natürlichen Auwäldern weiterhin bedeutende Schwarzpappel (*Populus nigra*) eignet sich nicht zum Kurzumtrieb (NABU, 2008). Von der Verwendung nicht gebietsheimischer Hybrid-Pappeln, wie sie häufig in Kurzumtriebsplantagen eingesetzt werden, ist im Gewässerrandstreifen abzusehen.



Blühstreifen bieten Nahrung und Lebensraum für Vögel, Insekten, Kleintiere und Niederwild. Auch zahlreiche Nützlinge der Kulturpflanzen (Bestäuber, natürliche Schädlingsfeinde wie z. B. Marienkäfer, Schwebfliegen etc.) finden sich hier. Zur Anlage von Blühstreifen sollte eine anerkannte mehrjährige Saatgutmischung mit standorttypischen Arten verwendet werden. Mit der Ansaat von Blümmischungen wird ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Nahrungsangebot für Insekten, vor allem für Honig- und Wildbienen, geschaffen. Es entsteht ein Lebens-, Brut- und Rückzugsraum für eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten; Wildtiere finden nicht nur Nahrung, sondern auch Schutz und Deckung. Die Vielfalt an Farben, Formen und Struktureffekten werten das Landschaftsbild besonders in ackerbaulich geprägten Landschaften deutlich auf. Durch die durchgehende Begrünung, die Konservierung von Nährstoffen vor dem Winter und eine gute Durchwurzelung wird nicht nur die Bodenfruchtbarkeit verbessert, sondern auch der Nährstoffaustrag in Grund- und Oberflächenwasser

sowie die Bodenerosion vermindert. Die Anlage von Blühstreifen kann ab 2015 mit dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (**FAKT**) gefördert werden - vgl. Kapitel 4.7.3. Der Erhalt der Blühstreifen im Gewässerrandstreifen muss nach dem Wassergesetz des Landes ab dem 1. Januar 2019 unbruchlos erfolgen, um die Puffer- und Hochwasserschutzfunktion des Gewässerrandstreifens nicht zu gefährden.



Abb. 4.20: Blühstreifen – Alternative der landwirtschaftlichen Nutzung auf Ackerflächen im Gewässerrandstreifen

Beweidung: Grünland entlang von Gewässern wird häufig als Weideland genutzt - siehe Abb. 4.21. Eine ordnungsgemäße Beweidung ist auch im Gewässerrandstreifen grundsätzlich möglich. Diese Nutzung ist in vielerlei Hinsicht naturschonender als die Mahd mit schweren Geräten. Allerdings kann unkontrolliertes Tränken der Weidetiere direkt aus dem Gewässer Trittschäden im und am Gewässer verursachen. Diese Situation ist insbesondere an Gewässern zu beobachten, an denen sich im Gewässerrandstreifen keine Sträucher und Bäume befinden. Die Folgen sind Narbenschäden im Bereich des Gewässerrandstreifens und der Eintrag von Nährstoffen (v. a. Phosphat) durch tierische Ausscheidungen und Erdmaterial in das Gewässer. Wenn vom Antragsteller eine Förderung im „Gemeinsamen Antrag“ beantragt wird, sind Angaben zur Tierhaltung erforderlich. Die Angaben zur Tierhaltung sind für verschiedene Maßnahmen bzw. für die Cross Compliance relevant. Maßgebend ist der Durchschnittsbestand im Antragsjahr. Förderleistungen bei einzelnen Maßnahmen des **FAKT** und Ausgleichsleistungen aufgrund der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung für Wasserschutzgebiete sind nur möglich, soweit bestimmte, über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Viehbesatzgrenzen eingehalten werden. Weitere Hinweise und Erläuterungen können den „Erläuterungen und Ausfüllhinweise zum Gemeinsamen Antrag“ entnommen werden, die jedem Antragsteller zugesandt werden oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar sind.



Um die Funktionen des Gewässerrandstreifens zu erhalten, wird Folgendes empfohlen:

- Keine Futterplätze/Trankwägen im Gewässerrandstreifen
- Viehdichte so wählen, dass Trittschäden (offene Grasnarbe) verhindert werden
- nur punktuelle Zugänge zum Tränken der Tiere ermöglichen



Abb. 4.21: Punktueller Zugang zum Tränken der Tiere

Hochwasserschutzanlagen

Zum Schutz vor Überflutungen werden an vielen Gewässern technische Hochwasserschutzanlagen errichtet. Im Bereich solcher Hochwasserschutzanlagen ist eine naturnahe Entwicklung des Gewässerrandstreifens nur eingeschränkt möglich. Das Aufkommen von Gehölzen im Hochwasserabflussprofil verringert die Abflussleistungsfähigkeit ausgebauter Gewässer. Auf Hochwasserschutzdämmen kann keine Gehölzentwicklung zugelassen werden, da die Durchwurzelung durch Gehölze zu einer Destabilisierung des Dammes führen kann.



Die Möglichkeiten und Grenzen einer hochwassersicheren Entwicklung und Unterhaltung von Fließgewässern im urbanen Bereich, mögliche Maßnahmen und ihre hydraulischen Wirkungen werden in einer LUBW-Arbeitshilfe vorgestellt (LUBW, 2011). Am Beispiel der Stadt Pforzheim wird die positive Entwicklung der Enz im innerstädtischen Raum aufgezeigt. Auch an anderen ausgebauten Gewässern zeigte sich, dass eine begrenzte Entwicklung von Gewässermorphologie und Ufervegetation mit den Belangen des Hochwasserschutzes in Übereinstimmung zu bringen ist - siehe Abb. 4.22.

Bei Hochwasserschutzdämmen kann auf zusätzlichen Aufschüttungen außerhalb des erdstatisch erforderlichen Dammbauwerks eine Vegetationsentwicklung zugelassen werden (DWA, 2011).



Abb. 4.22: Vegetationsentwicklung und morphologische Entwicklung in der ausgebauten Kinzig

Bauliche und sonstige Anlagen, Kleingartenanlagen, Gewässererlebbbarkeit

Bauliche und sonstige Anlagen befinden sich oftmals in unmittelbarer Gewässernähe bzw. reichen bis an die **Ufer** heran. Auch Kleingartenanlagen reichen oft bis unmittelbar an die Gewässer. Bauliche und sonstige Anlagen können bei Hochwasser ein Abflusshindernis darstellen und den Zugang zum Gewässer für den Unterhaltungspflichtigen behindern. Die Nutzungen in Kleingartenanlagen stehen oftmals im Konflikt mit den gesetzlichen Vorgaben im Gewässerrandstreifen: In einem Bereich von fünf Metern ab **Böschungsoberkante** bzw. Mittelwasserlinie dürfen keine Dünge- und Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden und ab 2019 keine mit einem Umbruch verbundene ackerbauliche Nutzung mehr erfolgen.



Bereits heute gilt im Bereich von zehn Metern das Verbot des Umbruchs von Grünland, der Neuanpflanzung nicht standortgerechter Bäume und Sträucher sowie der dauerhaften Lagerung von Gegenständen und der Errichtung baulicher Anlagen. Hierzu zählen nach Landesbauordnung z. B. auch Gartenhütten, feste Zäune oder überwiegend ortsfest genutzte Wohnwagen.

Halten sich Gartenbesitzer an die gesetzlichen Vorgaben, steht einer umsichtigen und gewässerschonenden Nutzung der Kleingartenanlagen in Gewässernähe nichts entgegen. **Bauliche Anlagen** sowie Kompostmieten oder Ähnliches sind außerhalb des Gewässerrandstreifens zu platzieren und die Regelungen zu Dünge- und Pflanzenschutzmittel sind einzuhalten. Weitere Hinweise zu den Rechten und Pflichten von Gewässeranliegern gibt das Faltblatt „Tipps für Gewässeranlieger“ der WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH - download unter www.wbw-fortbildung.de › Service › Publikationen › Publikationen zum Bestellen.

Entsprechend § 12 Nr. 2 WG soll die nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer auch durch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gefördert werden. Die Bedeutung der Fließgewässer soll stärker im Be-

wusstsein der Öffentlichkeit verankert werden. Die Gewässererlebbbarkeit soll, wo ökologisch verträglich, ermöglicht werden. Durch angelegte Zugänge zum Gewässer kann dies gelenkt erfolgen.



Abb. 4.23: Kleingartenanlage mit Abstand zum Gewässer

Gewässerschau – Möglichkeit der Überwachung

Der Träger der Unterhaltungslast ist nach vorheriger Information der Wasserbehörde gesetzlich dazu verpflichtet, regelmäßig (mindestens alle fünf Jahre) die Gewässer einschließlich ihrer **Ufer** und des Gewässerumfelds zu besichtigen (§ 32 Abs. 6 WG). Ausgenommen sind die Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Dies betrifft auch den Gewässerrandstreifen. Die bei dieser Gewässerschau festgestellten und zu behebbenden Mängel – insbesondere im Hinblick auf den Wasserabfluss und den ökologischen Zustand des Gewässers – werden dokumentiert und der zuständigen Wasserbehörde mitgeteilt (WBWF u. LUBW, 2015).

4.5 GEWÄSSERRANDSTREIFEN IM INNENBEREICH

Der **Gewässerrandstreifen** gilt in Baden-Württemberg auch im **Innenbereich**. Hier stehen andere Funktionen im Vordergrund als im **Außenbereich**, woraus sich abweichende Vorgaben für die praktische Umsetzung ergeben.

4.5.1 ENTWICKLUNGSZIELE IM INNENBEREICH

Das vorrangige Ziel im **Innenbereich** ist die **Sicherung des Wasserabflusses zur Vermeidung bzw. Verminderung von Hochwasserrisiken**. Daneben dient der **Gewässerrandstreifen** auch im Innenbereich der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen und der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen des Gewässers.

Während außerhalb von Siedlungen ein mit standorttypischen Gehölzen bewachsener Gewässerrandstreifen das vorrangige Entwicklungsziel ist, stehen im Innenbereich vor allem die Sicherung des Wasserabflusses und damit der Hochwasserschutz im Vordergrund. Der Gewässerrandstreifen soll hier von **baulichen Anlagen** und ausladenden Gehölzen freigehalten werden, die den Hochwasserabfluss behindern können. Besondere Bedeutung hat das Verbot der Ablagerung von Gegenständen, die bei einem Hochwasser fortgeschwemmt werden und weiter stromabwärts an Verengungen wie beispielsweise einer Brücke zu einer Verklauung führen können.



Abb. 4.24: Naturnahe Strukturen in der Enz in Pforzheim

Wo dies möglich ist, ist ein gewässertypischer Uferbewuchs anzustreben, der Pflanzen und Tieren innerorts Lebensraum bietet und sich zudem positiv auf das Mikroklima auswirkt. Auch die Pufferfunktion des Gewässerrandstreifens gegen unerwünschte Nähr- und Schadstoffeinträge in die Gewässer kann im Innenbereich von Bedeutung sein und wird am wirkungsvollsten durch eine standorttypische Ufervegetation erfüllt. Naturnahe Strukturen entlang von Gewässern werden zudem das Landschafts- und Ortsbild erheblich auf und werden als Naherholungsoasen von den Menschen gerne angenommen.

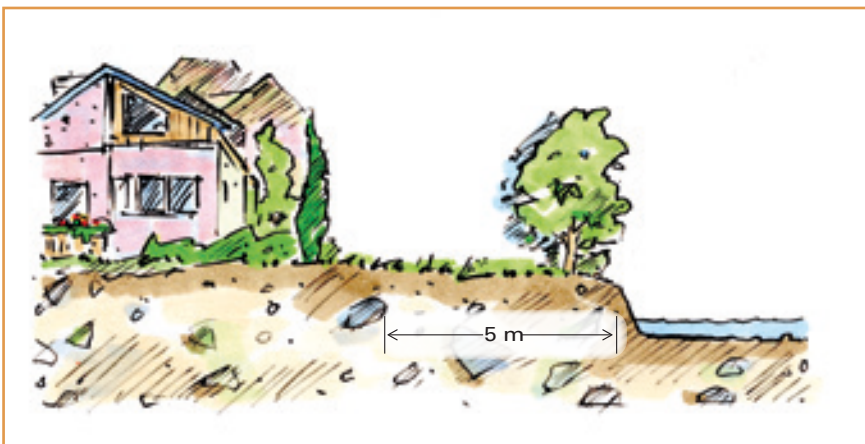


Abb. 4.25: Gewässer im Innenbereich mit ausreichend Abstand zu Gebäuden

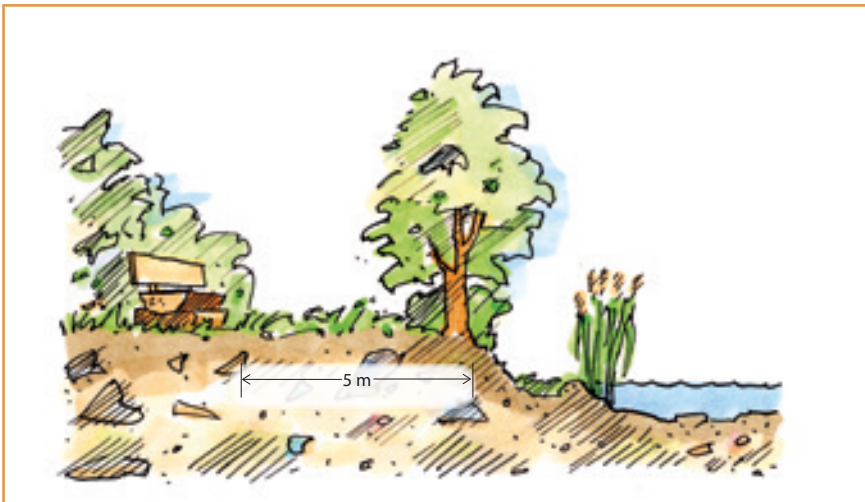


Abb. 4.26: Naturnahe Ufergestaltung mit Berme – Erlebbares Gewässer

Wo ausreichend Platz am Gewässer ist, können Zugänge zum Gewässer ermöglicht und die Erlebbarkeit des Gewässers verbessert werden. Durch ökologisch verträgliche Nutzungskonzepte kann der Gewässerschutz und die Erlebbarkeit verknüpft werden.

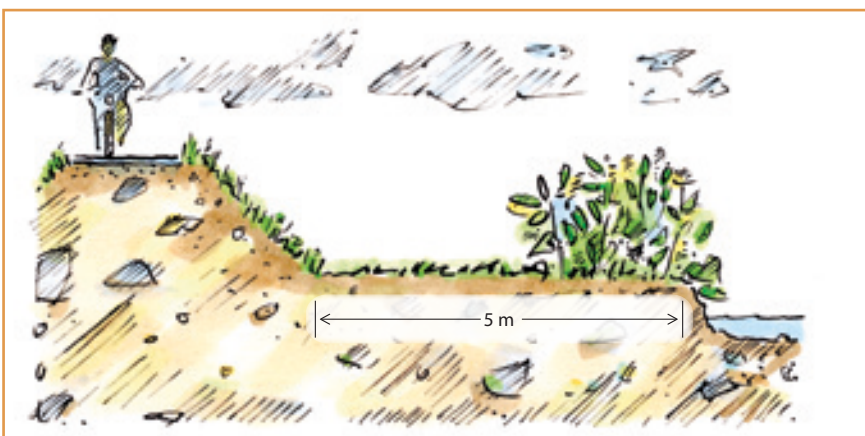



Abb. 4.27: Ausgebautes Gewässer mit Hochstauden- und Röhrichtsäumen

4.5.2 ZIELKONFLIKTE UND LÖSUNGEN IM INNENBEREICH

Weil innerorts menschliche Nutzungen entlang der Gewässer meistens bis direkt an die **Ufer** reichen, kommt es unweigerlich zu Zielkonflikten.

Infrastruktur und Siedlungsbereiche

In vielen Siedlungs- und Industriegebieten reichen bebaute Flächen direkt bis an die Ufer der Gewässer heran. Hier können die vom Wasserrecht vorgegebenen Funktionen des **Gewässerrandstreifens** nur sehr eingeschränkt bzw. nicht erfüllt werden. Auch die Gewässerunterhaltung ist in diesen Bereichen oft erheblich erschwert.

 Durch die Einführung des Gewässerrandstreifens innerorts und das Bauverbot innerhalb des Gewässerrandstreifens trägt das neue Wassergesetz dafür Sorge, dass in Zukunft bei Neubauten ausreichender Raum für die Funktionen des Gewässerrandstreifens erhalten bleibt. Auch im Zuge von Umgestaltungen oder der Neunutzung innerörtlicher Flächen (Sanierung alter Baugebiete, ehemaliger Industrieflächen etc.) besteht die Chance, dem Gewässer wieder mehr Raum zu gewähren und einen

naturnahen Gewässerrandstreifen zu entwickeln, der nicht nur die gesetzlichen Funktionen erfüllt, sondern die Zugänglichkeit zum Zwecke der Gewässerunterhaltung zumindest zu Fuß oder mit Kleingeräten gewährleistet. Wird der Gewässerrandstreifen breiter als die gesetzlich vorgeschriebenen fünf Meter angelegt, kann die darüber hinausgehende Fläche als innerörtliche Ausgleichs- bzw. Ersatzfläche dienen oder auf ein Ökokonto gutgeschrieben werden - siehe Kapitel 4.7.1.

Naturnahe Gewässerentwicklung im Innenbereich

Die vorrangige Sicherung des Wasserabflusses im **Innenbereich** setzt der Entwicklung eines naturnahen Gewässerrandstreifens oft enge Grenzen. Eine üppige Vegetationsentwicklung verringert die Leistungsfähigkeit des Abflussquerschnitts. In der Folge besteht die Gefahr eines Rückstaus mit Ausuferungen im bebauten Bereich.



Wo möglich, sollte auch innerorts eine gewässertypische naturnahe Vegetation zugelassen werden. Verbunden mit einem Zugang zum Gewässer kann so das Ortsbild erheblich aufgewertet werden. Eine regelmäßige und zielorientierte Gehölzpflege zur Gewährleistung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers ist notwendig. Durch den Einsatz ingenieurbioologischer Bauweisen können Ufer gesichert und gleichzeitig die ökologischen Funktionen natürlicher Uferstrukturen teilweise erfüllt werden. Weitere Informationen zu ingenieurbioologischen Bauweisen können über die WBW Fortbildungsgesellschaft bezogen oder über die Homepage (www.wbw-fortbildung.de) heruntergeladen werden.



Abb. 4.28: Ufervegetation im ausgebauten Gewässer

Freizeit- und Erholungsnutzung

Naturnahe Fließgewässer üben eine hohe Attraktivität auf Erholungssuchende aus. So werden die Gewässer bzw. deren Uferbereiche gerne zum Spazieren, Radfahren, Wandern, Baden, Bootsport oder Angeln genutzt. Ein hohes Aufkommen an Freizeit- und Erholungssuchenden kann die Wirkung von Gewässerrandstreifen beeinträchtigen.



Ökologisch wertvolle Strukturen entlang der Gewässer sollten daher möglichst vor negativen Einflüssen geschützt werden. Im Gegenzug können gezielt gut zugängliche und erlebbare Gewässerabschnitte geschaffen und für die Nutzung durch Erholungssuchende bereitgestellt werden.

Haus- und Kleingärten

Hausgärten, die direkt an ein Gewässer angrenzen, sind von den Regelungen zum Gewässerrandstreifen ebenso betroffen wie Kleingartenanlagen - siehe Kapitel 4.4.2. Hier gelten die gleichen Einschränkungen wie im **Außenbereich**, innerorts allerdings nur in einem Bereich von fünf Metern.

Gewässerschau – Möglichkeit der Überwachung

Wie im Kapitel Außenbereich erläutert, kann die Gewässerschau auch im **Innenbereich** dazu genutzt werden, Mängel im Gewässerrandstreifen zu dokumentieren und ihre Behebung einzuleiten. Nähere Informationen zur Gewässerschau siehe (WBWF u. LUBW, 2015).

4.6 GRUNDSÄTZLICHE HINWEISE FÜR DIE PFLEGE UND ENTWICKLUNG VON GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Vorgaben für die Pflege und Entwicklung des **Gewässerrandstreifens** ergeben sich einerseits aus den rechtlichen und fachlichen Anforderungen, andererseits aus den Standortvoraussetzungen wie z. B. angrenzende Nutzungen und Lage. Aus den in Kapitel 4.4.1 und 4.5.1 formulierten Entwicklungszielen leiten sich bestimmte Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen ab, die dazu beitragen, dass der Gewässerrandstreifen seine Wirkung möglichst vollständig entfalten kann.

Die Pflege und Unterhaltung im Gewässerrandstreifen umfasst vor allem eine regelmäßige Gehölzpflege bzw. eine regelmäßige Mahd in Bereichen, wo das Aufkommen von Gehölzen nicht geduldet werden kann. Praxis-hilfen zur naturnahen Gewässerunterhaltung (z. B. Gehölzpflege, Grabenunterhaltung, naturnahe Ufersicherung, Gewässerunterhaltung in Ortslagen) können über die WBW Fortbildungsgesellschaft bezogen oder über die Homepage (www.wbw-fortbildung.de) heruntergeladen werden.

Im **Außenbereich** wird im Vorfeld von Pflegemaßnahmen der Kontakt mit den Naturschutzbehörden empfohlen, da es sich bei natürlichen oder naturnahen Bereichen fließender und stehender Gewässer einschließlich ihrer **Ufer** und der dazu gehörenden uferbegleitenden Vegetation häufig um gesetzlich geschützte Biotope handelt (§ 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG).

Einen Überblick über die geeigneten Zeiträume für verschiedene Pflegemaßnahmen innerhalb des Gewässerrandstreifens gibt Abb. 4.29. Pflegemaßnahmen im Gewässer werden nicht dargestellt.

	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Empfohlene Pflanzzeiträume												
Schnitt von Steckhölzern												
Einbringen von Steckhölzern			Nasslagerung nach Schnitt erforderlich									
Pflanzung von Gehölzen												
Pflanzung von Röhricht und Stauden												
Gesetzlich vorgegebene Pflegezeiträume												
Pflege vorhandener Gehölze	Schutz Winterquartier von Fledermäusen beachten (§ 39 (6) BNatSchG)		Abschneiden oder auf den Stock setzen verboten, zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen (§ 39 (5) Nr. 2 BNatSchG)						Schutz Winterquartier von Fledermäusen beachten (§ 39 (6) BNatSchG)			
Mahd von Röhricht	Nur in Abschnitten zurückschneiden (§ 39 (5) Nr. 3 BNatSchG)		Zurückschneiden verboten (§ 39 (5) Nr. 3 BNatSchG)						Nur in Abschnitten zurückschneiden (§ 39 (5) Nr. 3 BNatSchG)			
Empfohlene Pflegezeiträume												
Ausmähen nach Gehölzpflanzungen												
Mahd von Hochstaudenfluren (alle 2 Jahre)												
Mahd von Seggen (alle 2 - 4 Jahre)												
Mahd extensives Grünland (zweischürig)*												
Rücksichtnahme												
Vogelbrutzeit												
Amphibienruhezeit insbesondere stehende Gewässer												
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: flex-start;"> <div style="text-align: center;"> <div style="border: 1px solid black; width: 30px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div> <p>Zeitraum nicht geeignet, verboten bzw. eingeschränkt möglich</p> </div> <div style="text-align: center;"> <div style="background-color: #90EE90; width: 30px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div> <p>Maßnahme kann flächig durchgeführt werden</p> </div> <div style="text-align: center;"> <div style="background-color: #FFA500; width: 30px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div> <p>Maßnahmen nicht flächig, sondern abschnittsweise im Wechsel oder auf Teilflächen durchführen</p> </div> <div style="text-align: center;"> <div style="background-color: #008080; width: 30px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div> <p>Rücksichtnahme</p> </div> <div style="text-align: center;"> <div style="background-color: #FFD700; width: 30px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div> <p>keine Einschränkungen</p> </div> </div>												

* Briemle, Eickhoff und Wolf (1991)

Abb. 4.29: Zeitplan für Pflegemaßnahmen im Gewässerrandstreifen

Entwicklung des Gewässerrandstreifens

Die natürliche Entwicklung durch Sukzession stellt die natürlichste und kostengünstigste Form der Entwicklung dar und sollte überall dort zugelassen werden, wo über den Gewässerrandstreifen hinaus ausreichend breite Flächen zur Verfügung stehen. Auf diese Weise kann sich die Vegetation im Gewässerrandstreifen ungestört entwickeln. Da die natürliche Sukzession relativ viel Zeit in Anspruch nimmt, kommt sie nur an Gewässer(abschnitten) ohne dringenden Handlungsbedarf in Frage (DWA, 2012).

4.7 FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN

Zur Finanzierung von Maßnahmen im **Gewässerrandstreifen** stehen verschiedene Fördermöglichkeiten zur Verfügung, über die im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben werden soll. Weitere Informationen zu Voraussetzungen für eine Förderung, Antragsstellung etc. können bei der jeweils zuständigen Behörde erfragt werden. Ob darüber hinaus kommunale Fördermöglichkeiten bestehen, ist bei der Kommune zu erfragen.

4.7.1 AUSGLEICHS- UND ERSATZMASSNAHMEN / ÖKOKONTO

Maßnahmen im **Gewässerrandstreifen**, die der naturnahen Gewässerentwicklung dienen und über die gesetzlichen Vorgaben (§ 29 Abs. 3 WG) hinausgehen, eignen sich grundsätzlich als naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme (§ 15 Abs. 2 BNatSchG) und sind somit auch ökokontofähig. Eine Anerkennung als Ökokontomaßnahme durch die untere Naturschutzbehörde setzt unter anderem voraus, dass vor der Umsetzung ein fachlich geeignetes Zielbiotop definiert wird und die Herstellungs-, Pflege- und - sofern erforderlich - Unterhaltungsmaßnahmen beschrieben werden. Beispiele für höherwertige Biototypen sind Auwald, Auengebüsch, uferbegleitende Hochstaudenflur oder Nasswiese.

Als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme oder Ökokontomaßnahme kann nach § 16 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nur der Anteil angerechnet werden, der nicht gefördert wird (z. B. nach der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft oder der Landschaftspflegerichtlinie). Maßnahmen, die dazu dienen, die Verpflichtungen im Rahmen des Greenings zu erfüllen, sind nicht ökokontofähig.

Weitergehende Hinweise zur Ökokontofähigkeit von Maßnahmen insbesondere zu rechtlichen Verpflichtungen im Bereich Wasserwirtschaft finden sich auf folgender Internetseite:

www.oekokonto.baden-wuerttemberg.de › Ökokonto im Naturschutzrecht › Hinweise zur Anwendung der Ökokonto-Verordnung › Ökokonto-Maßnahmen und rechtliche Verpflichtungen im Bereich Wasserwirtschaft.

4.7.2 FÖDERRICHTLINIE WASSERWIRTSCHAFT

Das wichtigste Instrument zur Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg sind die Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw), durch die das Land Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben von öffentlichem Interesse gewährt.

Antragsberechtigt sind Gebietskörperschaften (einschließlich deren Eigenbetriebe) sowie öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (z. B. Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände) und kommunale Unternehmen in privater Rechtsform mit einem kommunalen Anteil von mehr als 50 von Hundert.

Als förderfähige Maßnahmen kommen nach Abschnitt III Nr. 12.5 FrWw Vorhaben zur naturnahen Entwicklung von Gewässern in Frage, insbesondere

- Wiederherstellung der Durchgängigkeit und damit zusammenhängende Entschädigungen,
- auf die Typologie des Gewässers abgestimmte naturnahe Umgestaltungen,
- Wiederanbindung von Auen und Altarmen.

Nach Abschnitt III Nr. 12.6 FrWw können der Erwerb oder die dingliche Sicherung von Gewässerentwicklungsflächen, einschließlich des **Gewässerrandstreifens**, zur Erhaltung naturbelassener Gewässer oder zur Erreichung eines naturnahen Gewässerzustands auf Grundlage eines Gewässerentwicklungskonzeptes bzw. -planes oder des Maßnahmenprogramms nach § 82 WHG gefördert werden. Weitere Informationen zu den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft erteilen die Regierungspräsidien.

4.7.3 FÖRDERMÖGLICHKEITEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die landwirtschaftlichen Flächen, die als **Gewässerrandstreifen** ausgewiesen werden, können wie andere landwirtschaftliche Flächen im Rahmen der EU-Direktzahlungen die Betriebsprämie erhalten.

Im Rahmen der Direktzahlungen sind alle Flächen beihilfefähig, die zum Ackerland (einschließlich stillgelegter oder aus der Erzeugung genommener Ackerflächen), zum Dauergrünland (einschließlich aus der Erzeugung genommener Dauergrünlandflächen) oder zu den landwirtschaftlichen Dauerkulturen (einschließlich Niederwald im Kurzumtrieb, Miscanthus und Baumschulen) gehören.

Jeder Empfänger von EU-Direktzahlungen hat die anderweitigen Verpflichtungen (Cross Compliance) einzuhalten. Weitere Informationen und Erläuterungen sind der „Informationsbroschüre über die einzuhaltenden Verpflichtungen bei Cross Compliance“ zu entnehmen, die jedem Antragsteller zugesandt werden oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar sind.

Mit Beantragung der Basisprämie und der damit zwingend verbundenen Beantragung der Greeningprämie hat der Antragsteller ab 2015 die dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landbewirtschaftungsmethoden einzuhalten (Greeninganforderungen). Zu den Greeninganforderungen gehören die Anbaudiversifizierung, der Dauergrünlanderhalt und die Erbringung von im Umweltinteresse genutzten Flächen, sogenannte ökologische Vorrangflächen (ÖVF). Detailliertere Informationen zu den Greeninganforderungen sind der BMEL-Broschüre „Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland, Ausgabe 2015“ zu entnehmen, die jedem Antragsteller zugesandt wird oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar ist.

Gewässerrandstreifen stellen im Sinne der Förderung Pufferstreifen entlang von Wasserläufen dar. Dabei kann es sich beispielsweise um Streifen am Rand von Ackerflächen handeln, sofern diese von der angrenzenden beihilfefähigen landwirtschaftlichen Fläche abgegrenzt werden können. In der Förderperiode ab 2015 können solche Pufferstreifen auch als ökologische Vorrangflächen (ÖVF) zur Erbringung zusätzlicher ökologischer Leistungen für die Direktzahlungen angerechnet werden und tragen damit zur Erfüllung der Beihilfevoraussetzungen für die Direktzahlungen bei. Damit Pufferstreifen als ÖVF anerkannt werden können, müssen diese bei der Beantragung im Gemeinsamen Antrag mit einem entsprechenden ÖVF-Code gekennzeichnet werden. Im Fall von ÖVF-Pufferstreifen entlang von Gewässern sind bei der Beantragung die einzelnen Teile bestehend aus Ackerland, Grünland oder Ufervegetation getrennt voneinander anzugeben. Weitere Hinweise und Erläuterungen können den „Erläuterungen und Ausfüllhinweise zum Gemeinsamen Antrag“ entnommen werden, die jedem Antragsteller zugesandt werden oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar sind.

Im Rahmen von Agrarumweltprogrammen (**FAKT**, LPR) können nur Maßnahmen, die über den gesetzlichen Vorgaben liegen, ausgeglichen werden, wobei keine Wertminderung, sondern nur die Mehrkosten und Ertragseinbußen für entsprechende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen förderfähig sind.

In FAKT können Blühstreifen auf Gewässerrandstreifen mit den Maßnahmen E 2.1 (Brachebegrünung mit Blümmischungen auf Bracheflächen, die nicht als ÖVF beantragt werden) und E 2.2 (Brachebegrünung mit Blümmischungen auf Bracheflächen, die als ÖVF beantragt werden) gefördert werden. Voraussetzung ist, dass die Fläche aus der Erzeugung herausgenommen wird (beihilfefähige Brachflächen ohne Pflanzenschutz und Düngung). Weitere Hinweise und Erläuterungen können den „Erläuterungen und Ausfüllhinweise zum Gemeinsamen Antrag“ entnommen werden, die jedem Antragsteller zugesandt werden oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar sind. Pflanzenbauliche Hinweise sind in der Broschüre „Informationen zu ackerbaulichen Maßnahmen in FAKT und Greening“ beschrieben, die im Internetangebot des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums (LTZ) Augustenberg unter www.ltz-bw.de abrufbar ist.

Im Rahmen des Vertragsnaturschutzes nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) können ebenfalls nur freiwillige Maßnahmen gefördert werden, die über gesetzliche Anforderungen hinausreichen. Produktionsausfälle oder Wertminderungen infolge verpflichtender Vorgaben der Novelle des Wassergesetzes können daher nicht ausgeglichen werden.

Soweit für stillgelegte Flächen und Flächen, die aus der Erzeugung genommen wurden, Direktzahlungen gezahlt werden, können zusätzliche Ausgleichsleistungen nach der Landschaftspflegerichtlinie nur dann gewährt werden, wenn aus Gründen des Naturschutzes weitergehende Nutzungsbeschränkungen und Auflagen damit verbunden sind und das EU-Recht nicht entgegensteht. Flächen, die Bestandteil eines Vertrags nach der Landschaftspflegerichtlinie sind, können nicht als ökologische Vorrangflächen (ÖVF) anerkannt werden.

Ausgleichsleistungen nach der LPR (einschließlich einer Förderung außerhalb dieses Antrags) und nach dem FAKT auf derselben Fläche und bei gleichgearteten Maßnahmen werden grundsätzlich nicht gewährt. Eine LPR-Förderung auf FAKT-Flächen ist lediglich für die nicht über die FAKT-Förderung abgedeckten Maßnahmen (z. B. die Gehölzpflege von Hecken oder Feldgehölzen) möglich. Weitere Hinweise und Erläuterungen können den „Erläuterungen und Ausfüllhinweise zum Gemeinsamen Antrag“ entnommen werden, die jedem Antragsteller zugesandt werden oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar sind.

Auf Kurzumtriebsflächen sind als beihilfefähige Flächen im Rahmen der Direktzahlungen nur bestimmte Arten zulässig. Kurzumtriebsflächen sind zusätzlich als ÖVF anrechenbar, wenn die für ÖVF-KUP zulässigen Arten in der BMEL-Broschüre „Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland, Ausgabe 2015“ aufgeführt sind, die jedem Antragsteller zugesandt wird oder im Infodienst der Landwirtschaftsverwaltung unter www.landwirtschaft-bw.info abrufbar ist.

5 Glossar

Amtliches Digitales Wasserwirtschaftliches Gewässernetz (AWGN)

Unter dem Begriff Amtliches Digitales Wasserwirtschaftliches Gewässernetz (AWGN) werden Daten zu Fließgewässern, stehenden Gewässern und Einzugsgebieten zusammengefasst (LUBW, 2009). Es handelt sich dabei um Geometrie- und Sachdaten von allen wasserwirtschaftlich bedeutsamen Oberflächengewässern in Baden-Württemberg. Somit dient das AWGN als Orientierungshilfe bei der Entscheidung, ob ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung ist.

Aktuell sind im AWGN über 18.300 Fließgewässer mit einer Gesamtlänge von über 43.800 Kilometern erfasst. Es beinhaltet 11.780 stehende Gewässer mit einer Fläche von 658 km² (LUBW Stand März 2014) und wird stetig fortgeschrieben. Das AWGN ist im Internet öffentlich zugänglich - udo.lubw.baden-wuerttemberg.de.

Außenbereich

Die Abgrenzung zwischen Außen- und Innenbereich ergibt sich aus den §§ 30 bis 35 Baugesetzbuch (BauGB). Als Innenbereich gelten Flächen innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen sowie überplante Gebiete (§§ 30 - 34 BauGB). Alle nicht dem Innenbereich zugeordneten Flächen werden dem Außenbereich zugeordnet (§ 35 BauGB).

Bauliche Anlagen

Nach § 2 Abs. 1 Landesbauordnung (LBO) sind bauliche Anlagen „unmittelbar mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlagen“. Bauliche Anlagen können z. B. Hütten, Zäune, Mauern oder Treppen sein. Als bauliche Anlagen zählen auch Aufschüttungen und Abgrabungen.

Böschungsoberkante

Im Querschnitt eines Gewässers markiert die Böschungsoberkante einen deutlichen Knick zwischen der mehr oder weniger steilen Uferböschung und der merklich flacheren angrenzenden Landschaft. Sie stellt landseits die Grenze zwischen Ufer und angrenzenden Flächen dar. An Gewässern, an deren Bett sich Übergangslos die flache Landschaft oder ein Hang anschließt, fehlt die Böschungsoberkante. Zur Abgrenzung des Ufers wird die Linie des mittleren Hochwasserstandes herangezogen. Kommen zwei oder mehrere Geländelinien als Böschungsoberkante in Betracht (z. B. bei geteilten Profilen), dann ist die Linie maßgebend, die am nächsten über der Linie des mittleren Hochwasserstandes liegt (Kiebele, Wassergesetz für Baden-Württemberg, § 7 Rn. 21 f.).

Entwicklungskorridor

Als Entwicklungskorridor wird ein an Größe und Typ eines Fließgewässers angepasster Bereich bezeichnet, der eine naturraumtypische Gewässerentwicklung erlaubt. Bei ausreichender Dimensionierung schützt er nicht nur vor Stoffeinträgen, sondern bietet dem Gewässer auch ausreichend Raum für eine eigendynamische Entwicklung. Im Idealfall entspricht der Entwicklungskorridor in seiner Ausdehnung der Gewässeraue (die durch die Linie des höchsten gemessenen Hochwasserstandes (HHW) begrenzt ist).

Eutrophierung

Anreicherung von Nährstoffen in einem Oberflächengewässer; bewirkt ein übermäßig starkes Wachstum von Algen und höheren Pflanzen.

Gewässerrandstreifen

Der Begriff Gewässerrandstreifen wird in diesem Leitfaden ausschließlich im Sinne des § 38 WHG verwendet und beschreibt einen gesetzlich festgelegten, an ein oberirdisches Gewässer angrenzenden Bereich, in dem bestimmte Nutzungsgebote bzw. -verbote gelten. Nach baden-württembergischem Landesrecht (§ 29 WG) ist der Gewässerrandstreifen im Außenbereich zehn Meter und im Innenbereich fünf Meter breit.

Innenbereich - siehe Außenbereich

Interflow

Unterirdischer, oberflächennaher Wasserabfluss, der noch nicht das Grundwasser erreicht, auch als Zwischenabfluss bezeichnet.

Kolmation

Verdichtung des Gewässerbettes durch physikalische, chemische oder biologische Prozesse, wodurch die Durchlässigkeit des Gewässerbodens verringert wird und der Lebensbereich in der Gewässersohle, der noch durch das Oberflächenwasser beeinflusst wird, zerstört werden kann.

Makrozoobenthos

Mit dem bloßen Auge erkennbare wirbellose Tiere, die auf oder in der Gewässersohle leben.

Mittelwasserlinie (MW)

Synonym zu Uferlinie. Die Mittelwasserlinie ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Wasserstände der vergangenen 20 Jahre. Fehlen Pegelbeobachtungen, so bestimmt sich der Mittelwasserstand im Zweifel nach der Grenze des Pflanzenwuchses (§ 5 Abs. 3 WG). Als Uferlinie grenzt sie zum einen das Gewässerbett vom Ufer ab. Das Ufer wird durch die Mittlere Hochwasserlinie gegenüber der angrenzenden Landfläche abgegrenzt, sofern keine ausgeprägte Böschungsoberkante vorhanden ist.

Mittlere Hochwasserlinie (MHW)

Die Linie des mittleren Hochwasserstandes ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der jährlichen Höchstwerte der Wasserstände der letzten 20 Jahre. Stehen für diesen Zeitraum keine vollständigen Pegelbeobachtungen zur Verfügung, so bezeichnet die Wasserbehörde die Beobachtungen, die zu verwenden sind (§ 7 Abs. 3 WG).

Oberirdische Gewässer

Unter einem oberirdischen Gewässer versteht man ständig oder zeitweilig innerhalb eines Gewässerbettes fließendes oder stehendes oder aus Quellen wild abfließendes Wasser (§ 3 Nr. 1 WHG). Zu den oberirdischen Gewässern zählen sowohl natürliche als auch künstliche Gewässer und sowohl Fließgewässer als auch stehende Gewässer.

Ufer - siehe Mittelwasserlinie

6 Abbildungsverzeichnis

BaF = Büro am Fluss, LUBW = Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, MLR = Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, WBWF = WBWF Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH

Deckblatt: (LUBW)

Abb. 1.1	Gewässerrandstreifen im Außenbereich (<i>Stadt Land Fluss</i>)	8
Abb. 2.1:	Eine ausgeprägte Böschungsoberkante begrenzt das Ufer (MW = Mittelwasser, MHW = mittleres Hochwasser). (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	10
Abb. 2.2:	Bei Ufern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante dient die Linie des mittleren Hochwassers (MHW) als Grenze zwischen Ufer und Vorland. (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	10
Abb. 2.3:	Systematische Darstellung zum wasserwirtschaftlichen Vollzug der oberirdischen Gewässer und der Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung (<i>Bearbeitung BaF nach LUBW</i>)	11
Abb. 2.4:	Vorgaben im Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG und § 29 WG (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	12
Abb. 2.5:	Zuständigkeiten für Entscheidungen im Gewässerrandstreifen im Innen- und Außenbereich (<i>BaF</i>)	13
Abb. 2.6:	Zuständigkeiten und Unterhaltungspflicht an Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	15
Abb. 2.7:	Zuständigkeiten und Unterhaltungspflicht an Gewässern ohne ausgeprägte Böschungsoberkante (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	15
Abb. 2.8:	Vergleich Vorgaben Düngeverordnung und Gewässerrandstreifen (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	16
Abb. 3.1:	Außenbereich – Naturnahe Vegetationsstrukturen erfüllen wichtige ökologische Funktionen. (<i>W. Maerzke</i>)	21
Abb. 3.2:	Innenbereich – Die Sicherung des Wasserabflusses kann die Entwicklung naturnaher Vegetationsstrukturen einschränken. (<i>W. Maerzke</i>)	22
Abb. 3.3:	Verteilung des Stickstoff- und Phosphoreintrags in die Gewässer in Baden-Württemberg (Stand 2015) (<i>BaF</i>)	24
Abb. 3.4:	Nährstoffe gelangen auf verschiedenen Eintragungspfaden aus der Fläche in die Gewässer. (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	25
Abb. 3.5:	Reduktion der Stoffeinträge aus der Fläche durch Gewässerrandstreifen im Außenbereich (<i>Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	25
Abb. 4.1:	Bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante wird der Gewässerrandstreifen ab der Böschungsoberkante bemessen. (<i>Foto: BaF, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	27
Abb. 4.2:	Fehlt eine Böschungsoberkante, z. B. aufgrund eines flachen Ufers, wird der Gewässerrandstreifen ab der Mittelwasserlinie bemessen. (<i>Foto: BaF, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	27
Abb. 4.3:	Geht das Ufer direkt in einen steilen Hang über, fehlt ebenfalls eine Böschungsoberkante. Auch hier wird der Gewässerrandstreifen ab der Mittelwasserlinie bemessen. (<i>Foto: BaF, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	27
Abb. 4.4:	Bei ausgebauten Gewässern mit geteilten Profilen wird der Gewässerrandstreifen ab der Böschungsoberkante des äußeren Trapezes bemessen. (<i>Foto: WBWF, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	28
Abb. 4.5:	Beim Vorhandensein eines Hochwasserschutzdammes begrenzt die erste natürliche Böschungsoberkante das Ufer. (<i>Foto: LUBW, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF</i>)	28

Abb. 4.6:	Bei ausgebauten Gewässern mit senkrechter Ufermauer wird der Gewässerrandstreifen direkt ab der Ufermauer bemessen. (Foto: BaF, Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	28
Abb. 4.7:	Wasserstaffeln in Weinbergen sind oft Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. (MLR)	29
Abb. 4.8:	Gleiches gilt für Entwässerungsgräben. (LUBW)	29
Abb. 4.9:	Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung (LUBW)	30
Abb. 4.10:	Gewässerbegleitende Gehölze sorgen u. a. für Beschattung, vermindern unerwünschte Stoffeinträge und sind wertvolle Lebensräume. (BaF)	31
Abb. 4.11:	Hochstaudenfluren finden sich z. B. an ungenutzten und unbeschatteten Ufern. (BaF)	32
Abb. 4.12:	Röhrichte sind eine typische Pflanzengesellschaft der Wasserwechselzone z. B. von Seen. (A. Trautmann - PRO REGIO Oberschwaben GmbH)	32
Abb. 4.13:	Ein häufig an Gewässern anzutreffender Neophyt - das Indische Springkraut (<i>Impatiens glandulifera</i>) (BaF)	33
Abb. 4.14:	Auf der ganzen Breite des Gewässerrandstreifens wachsen Gehölze. Die angrenzende Weide ist mit einem Zaun abgegrenzt. (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	35
Abb. 4.15:	Gewässerrandstreifen mit Kombination aus landseitigem Hochstaudensaum und Ufergehölzen, angrenzend an eine ackerbauliche Nutzung (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	35
Abb. 4.16:	Gewässerrandstreifen mit Kombination aus schmalem Gehölzsaum am Ufer, einem Hochstaudensaum als Übergang und angrenzend extensiver Grünlandnutzung (z. B. in engen Tallagen) (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	35
Abb. 4.17:	Kombination aus extensiver Grünlandnutzung und Hochstaudensaum bzw. Röhrichtsaum im Gewässerrandstreifen, z. B. an sehr kleinen Gewässern (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	36
Abb. 4.18:	Am Flachufer eines Sees befinden sich am Wasserrand Röhrichte und Großseggenriede. Extensives Grünland schließt sich im Gewässerrandstreifen an. (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	37
Abb. 4.19:	Am Steilufer eines Sees grenzen Gehölze direkt an das Ufer an. (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	37
Abb. 4.20:	Blühstreifen - Alternative der landwirtschaftlichen Nutzung auf Ackerflächen im Gewässerrandstreifen (MLR)	40
Abb. 4.21:	Punktuelle Zugang zum Tränken der Tiere (BaF)	41
Abb. 4.22:	Vegetationsentwicklung und morphologische Entwicklung in der ausgebauten Kinzig (LUBW)	42
Abb. 4.23:	Kleingartenanlage mit Abstand zum Gewässer (Maerzke)	43
Abb. 4.24:	Naturnahe Strukturen in der Enz in Pforzheim (BaF)	44
Abb. 4.25:	Gewässer im Innenbereich mit ausreichend Abstand zu Gebäuden (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	44
Abb. 4.26:	Naturnahe Ufergestaltung mit Berme - Erlebbares Gewässer (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	45
Abb. 4.27:	Ausgebautes Gewässer mit Hochstauden- und Röhrichtsäumen (Grafik: W. Maerzke, Bearbeitung: BaF)	45
Abb. 4.28:	Ufervegetation im ausgebauten Gewässer (LUBW)	46
Abb. 4.29:	Zeitplan für Pflegemaßnahmen im Gewässerrandstreifen (BaF nach WBWF)	48

7 Rechtsquellenverzeichnis

Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (WRRL).

Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (HWRM-RL).

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542); zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 100 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154).

Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz – PflSchG) vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148); zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 2. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1928).

Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz – DirektZahlDurchfG) vom 9. Juli 2014 (BGBl. I S. 897); zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1928).

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585); zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1724).

Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung - DüV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221); zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212).

Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung – OGewV) vom 20. Juli 2011 (BGBl. I S. 1429).

Verordnung zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsverordnung – DirektZahlDurchfV) vom 3. November 2014 (BGBl. I S. 1690); zuletzt geändert durch Art. 1 V vom 10. Juli 2015 BAnz AT 13. Juli 2015 VI.

Gesetz über das Nachbarrecht (Nachbarrechtsgesetz – NRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Januar 1996 (GBl. S. 53); zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Februar 2014 (GBl. S. 65).

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 5. März 2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. November 2014 (GBl. S. 501).

Landesverwaltungsgesetz Baden-Württemberg vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 313); zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2014 (GBl. S. 241, 257).

Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG) vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389); zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (GBl. S. 777).

Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffsfolgen (Ökokonto-Verordnung – ÖKVO) vom 19. Dezember 2010 (GBl. 2010 S. 1089).

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz zur Förderung der Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und von Erzeugungspraktiken, die der Marktentlastung dienen (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich – MEKA III) vom 28. Februar 2011 - Az.: 25-8872.53 (GABl. 2011, S. 178); geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 18.07.2013 (GABl. 2013, S. 394, ber. S. 470).

Zuwendungsrichtlinien des Umweltministeriums für die Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben (Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2009 – FrWw 2009) vom 23. Juni 2008 – Az.: 5-8907.00/69.

8 Literaturverzeichnis

Bärwolff, M., G. Reinhold, C. Fürstenau, T. Graf, L. Jung, A. Vetter, Verband für Agrarforschung und Bildung, Thüringen e.V. (VAFB) und Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft (2013): Gewässerrandstreifen als Kurzumtriebsplantagen oder Agroforstsysteme. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (2014): Pflanzenschutzmittelverzeichnis 2014 – Teil 1: Ackerbau, Wiesen und Weiden, Hopfenbau, Nichtkulturland, Braunschweig.

DWA (2011): Deiche an Fließgewässern – Teil 1: Planung, Bau und Betrieb (DWA M 507-1). Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V., Hennef.

DWA (2012): Gewässerrandstreifen – Teil 1: Grundlagen und Funktionen, Hinweise zur Gestaltung. (DWA-M 612-1). Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V., Hennef.

Institut für Seenforschung an der LUBW (2009): Limnologische Bewertung der Ufer- und Flachwasserzone des Bodensees – Bericht Nr. 55, Hrsg. Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB), Langenargen.

Kibele, Wassergesetz für Baden-Württemberg, Kommentar, Band 1, 3. Auflage, Stuttgart, Stand: Dezember 2014.

LUBW (2008): Maßnahmenplanung im Hinblick auf die Phosphorbelastung der Fließgewässer Baden-Württembergs – Teil II: Pfadspezifische Emissionsbetrachtung, MONERIS-BW. Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Karlsruhe.

LUBW (2009): Amtliches Digitales Wasserwirtschaftliches Gewässernetz (AWGN). Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Karlsruhe.

LUBW (2011): Hochwassersichere Entwicklung und Unterhaltung von Fließgewässern im urbanen Bereich – Maßnahmen und ihre hydraulischen Wirkungen, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Karlsruhe.

LTZ Augustenberg, LAZBW Aulendorf, Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen (2015): Pflanzenproduktion 2015 – Sorten und Pflanzenschutz in Ackerbau und Grünland.

NABU (2008): Energieholzproduktion in der Landwirtschaft – Chancen und Risiken aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes. Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), Berlin.

Steinmetz, H. und S. Wieprecht (2013): Anpassungsstrategie Baden-Württemberg an die Folgen des Klimawandels, Fachgutachten für das Handlungsfeld Wasserhaushalt, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart.

WBWF (2005): Gewässernachbarschaften in Baden-Württemberg – Themenordner Gehölzpflege, Neuauflage 2005, WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH (Hrsg), Karlsruhe.

WBWF und LUBW (2015): Gewässerschau – mehr als eine Pflichtaufgabe: Grundlagen, Organisation und Durchführung. WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Karlsruhe.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

GESETZ ZUR ORDNUNG DES WASSERHAUSHALTS (WASSERHAUSHALTSGESETZ – WHG 2009)	WASSERGESETZ FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG (WG 2014)
§ 1 Zweck	
Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.	
§ 2 Anwendungsbereich	§ 2 Gewässerbegriff, Anwendungsbereich (zu § 2 WHG)
(1) Dieses Gesetz gilt für folgende Gewässer: 1. oberirdische Gewässer, 2. Küstengewässer, 3. Grundwasser. Es gilt auch für Teile dieser Gewässer. (1a) Für Meeresgewässer gelten die Vorschriften des § 23 und des Kapitels 2 Abschnitt 3a. Die für die Bewirtschaftung der Küstengewässer geltenden Vorschriften bleiben unberührt. (2) Die Länder können kleine Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung, insbesondere Straßenseitengräben als Bestandteil von Straßen, Be- und Entwässerungsgräben, sowie Heilquellen von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausnehmen. Dies gilt nicht für die Haftung für Gewässerveränderungen nach den §§ 89 und 90.	(1) Gewässer im Sinne dieses Gesetzes sind die in § 2 Absatz 1 WHG genannten Gewässer. (2) Fischteiche, Feuerlöschteiche, Eisweiher und ähnliche kleine Wasserbecken, die mit einem oberirdischen Gewässer nur durch künstliche Vorrichtungen verbunden sind, werden von den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und dieses Gesetzes ausgenommen. Die §§ 89 und 90 WHG gelten auch für Gewässer nach Satz 1. (3) Bewässerungs- und Entwässerungsgräben von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung werden von den Bestimmungen der §§ 39 bis 42 und 67 bis 71 WHG und des § 28 dieses Gesetzes ausgenommen. § 30 Absatz 3 bleibt unberührt.
§ 3 Begriffsbestimmungen	§ 3 Einteilung der oberirdischen Gewässer
Für dieses Gesetz gelten folgende Begriffsbestimmungen: 1. Oberirdische Gewässer das ständig oder zeitweilig in Betten fließende oder stehende oder aus Quellen wild abfließende Wasser; [...]	(1) Die oberirdischen Gewässer sind öffentliche oder private Gewässer. (2) Öffentliche Gewässer sind 1. die natürlichen Wasserläufe, 2. die künstlichen Wasserläufe (Kanäle, Gräben, Wuhre), an deren Bett Privateigentum nicht nachweisbar ist oder die nach bisher geltendem Recht öffentliche Gewässer waren, 3. die natürlichen stehenden Gewässer (Seen, Teiche, Weiher), die einen ständig fließenden oberirdischen Zu- oder Ablauf haben.
§ 27 Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer	
(1) Oberirdische Gewässer sind, soweit sie nicht nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, so zu bewirtschaften, dass 1. eine Verschlechterung ihres ökologischen und ihres chemischen Zustands vermieden wird und	Alle anderen oberirdischen Gewässer sind private Gewässer.

2. ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.

(2) Oberirdische Gewässer, die nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, sind so zu bewirtschaften, dass

1. eine Verschlechterung ihres ökologischen Potenzials und ihres chemischen Zustands vermieden wird und
2. ein gutes ökologisches Potenzial und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.

§ 28 Einstufung künstlicher und erheblich veränderter Gewässer

Oberirdische Gewässer können als künstliche oder erheblich veränderte Gewässer im Sinne des § 3 Nummer 4 und 5 eingestuft werden, wenn

1. die Änderungen der hydromorphologischen Merkmale, die für einen guten ökologischen Gewässerzustand erforderlich wären, signifikante nachteilige Auswirkungen hätten auf

- a) die Umwelt insgesamt,
- b) die Schifffahrt, einschließlich Hafenanlagen,
- c) die Freizeitnutzung,
- d) Zwecke der Wasserspeicherung, insbesondere zur Trinkwasserversorgung, der Stromerzeugung oder der Bewässerung,
- e) die Wasserregulierung, den Hochwasserschutz oder die Landentwässerung oder
- f) andere, ebenso wichtige nachhaltige Entwicklungstätigkeiten des Menschen,

2. die Ziele, die mit der Schaffung oder der Veränderung des Gewässers verfolgt werden, nicht mit anderen geeigneten Maßnahmen erreicht werden können, die wesentlich geringere nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben, technisch durchführbar und nicht mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden sind und

3. die Verwirklichung der in den §§ 27, 44 und 47 Absatz 1 festgelegten Bewirtschaftungsziele in anderen Gewässern derselben Flussgebietseinheit nicht dauerhaft ausgeschlossen oder gefährdet ist.

§ 29 Fristen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele

(1) Ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand der oberirdischen Gewässer sowie ein gutes ökologisches Potenzial und ein guter chemischer Zustand der künstlichen und erheblich veränderten Gewässer sind bis zum 22. Dezember 2015 zu erreichen. Durch Rechtsverordnung nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 können zur Umsetzung bindender Rechtsakte der Europäischen Union abweichende Fristen bestimmt werden.

(2) Die zuständige Behörde kann die Frist nach Absatz 1 verlängern, wenn sich der Gewässerzustand nicht weiter verschlechtert und

(3) Natürliche Wasserläufe sind die in natürlichem Bett fließenden Gewässer einschließlich ihrer Quellen, der unterirdischen und der aufgestauten Strecken, der Nebenarme, der Flutkanäle und der mit dem Wasserlauf in Verbindung stehenden oberirdischen Becken, in denen Wasser für Zwecke des Wasserlaufs zusammengefasst wird, samt ihren Zu- und Ableitungen. Zu den natürlichen Wasserläufen gehören auch die künstlich angelegten Wasserlaufstrecken, die einen Teil des natürlichen Wasserlaufs ersetzen (Ersatzstrecken).

§ 5 Eigentumsverhältnisse am Bett der öffentlichen Gewässer

(1) Das Bett eines Gewässers erster Ordnung, ausgenommen Bundeswasserstraßen, steht im öffentlichen Eigentum des Landes, das eines Gewässers zweiter Ordnung innerhalb des Gemeindegebietes im öffentlichen Eigentum der Gemeinde. Privateigentum anderer am Bett eines öffentlichen Gewässers und Privateigentum des Landes oder einer Gemeinde an künstlich überfluteten Flächen oder am Bett eines Gewässers nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 bleibt unberührt.

(2) Trennt ein öffentliches Gewässer benachbarte Gemeindegebiete, so folgt die Gemeindegrenze den natürlichen Veränderungen des Gewässers durch Überflutung und Verlandung. Ist der Verlauf der Gemeindegrenze nicht näher bestimmt, so gilt als Gemeindegrenze,

1. wenn die Gemeindegebiete einander gegenüberliegen, eine durch die Mitte des Gewässers bei Mittelwasserstand zu ziehende Linie,
2. wenn die Gemeindegebiete nebeneinander liegen, eine vom Endpunkt der Landgrenze rechtwinklig zu der in Nummer 1 bezeichneten Mittellinie zu ziehende Linie.

Ist Satz 2 wegen der besonderen Form des Gewässers nicht anwendbar, so wird das Gewässerbett auf die Gemeinden nach dem Verhältnis ihrer Uferstrecken aufgeteilt.

(3) Als Mittelwasserstand gilt das arithmetische Mittel der Wasserstände der letzten 20 Jahre. Stehen für diesen Zeitraum keine vollständigen Pegelbeobachtungen zur Verfügung, so bezeichnet die Wasserbehörde die Beobachtungen, die zu verwenden sind. Bei künstlicher Veränderung des Wasserstands bleiben die Wasserstände vor der Veränderung außer Betracht. Fehlen Pegelbeobachtungen überhaupt, so bestimmt sich der Mittelwasserstand im Zweifel nach der Grenze des Pflanzenwuchses.

§ 7 Uferlinie, Ufer

(1) Die Grenze zwischen dem Bett eines Gewässers und den Ufergrundstücken (Uferlinie) wird durch die Linie des Mittelwasserstands bestimmt.

1. die notwendigen Verbesserungen des Gewässerzustands auf Grund der natürlichen Gegebenheiten nicht fristgerecht erreicht werden können,
2. die vorgesehenen Maßnahmen nur schrittweise in einem längeren Zeitraum technisch durchführbar sind oder
3. die Einhaltung der Frist mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wäre.

Fristverlängerungen nach Satz 1 dürfen die Verwirklichung der in den §§ 27, 44 und 47 Absatz 1 festgelegten Bewirtschaftungsziele in anderen Gewässern derselben Flussgebietseinheit nicht dauerhaft ausschließen oder gefährden.

(3) Fristverlängerungen nach Absatz 2 Satz 1 sind höchstens zweimal für einen Zeitraum von jeweils sechs Jahren zulässig. Lassen sich die Bewirtschaftungsziele auf Grund der natürlichen Gegebenheiten nicht innerhalb der Fristverlängerungen nach Satz 1 erreichen, sind weitere Verlängerungen möglich.

(4) Die Fristen nach den Absätzen 1 bis 3 gelten auch für Gewässer in Schutzgebieten im Sinne des Artikels 6 in Verbindung mit Anhang IV der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie 2008/105/EG (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84) geändert worden ist, in ihrer jeweils geltenden Fassung, sofern die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union, nach denen die Schutzgebiete ausgewiesen worden sind, keine anderweitigen Bestimmungen enthalten.

§ 30 Abweichende Bewirtschaftungsziele

Abweichend von § 27 können die zuständigen Behörden für bestimmte oberirdische Gewässer weniger strenge Bewirtschaftungsziele festlegen, wenn

1. die Gewässer durch menschliche Tätigkeiten so beeinträchtigt oder ihre natürlichen Gegebenheiten so beschaffen sind, dass die Erreichung der Ziele unmöglich ist oder mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wäre,
2. die ökologischen und sozioökonomischen Erfordernisse, denen diese menschlichen Tätigkeiten dienen, nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden können, die wesentlich geringere nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hätten und nicht mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wären,
3. weitere Verschlechterungen des Gewässerzustands vermieden werden und
4. unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Gewässereigenschaften, die infolge der Art der menschl-

(2) Die Uferlinie kann nach Anhörung der Anlieger und der sonst Beteiligten durch die Wasserbehörde festgesetzt und, soweit erforderlich, bezeichnet werden. Die festgesetzte Uferlinie bleibt maßgebend, bis sie geändert oder aufgehoben wird.

(3) Als Ufer gilt die zwischen der Uferlinie und der Böschungsoberkante liegende Landfläche. Fehlt eine Böschungsoberkante, so tritt an ihre Stelle die Linie des mittleren Hochwasserstands. Als mittlerer Hochwasserstand gilt das arithmetische Mittel der jährlichen Höchstwerte der Wasserstände der letzten 20 Jahre. Stehen für diesen Zeitraum keine vollständigen Pegelbeobachtungen zur Verfügung, so bezeichnet die Wasserbehörde die Beobachtungen, die zu verwenden sind.

chen Tätigkeiten nicht zu vermeiden waren, der bestmögliche ökologische Zustand oder das bestmögliche ökologische Potenzial und der bestmögliche chemische Zustand erreicht werden.

§ 29 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 31 Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen

(1) Vorübergehende Verschlechterungen des Zustands eines oberirdischen Gewässers verstoßen nicht gegen die Bewirtschaftungsziele nach den §§ 27 und 30, wenn

1. sie auf Umständen beruhen, die

- a) in natürlichen Ursachen begründet oder durch höhere Gewalt bedingt sind und die außergewöhnlich sind und nicht vorhersehbar waren oder
- b) durch Unfälle entstanden sind,

2. alle praktisch geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Verschlechterung des Gewässerzustands und eine Gefährdung der zu erreichenden Bewirtschaftungsziele in anderen, von diesen Umständen nicht betroffenen Gewässern zu verhindern,

3. nur solche Maßnahmen ergriffen werden, die eine Wiederherstellung des vorherigen Gewässerzustands nach Wegfall der Umstände nicht gefährden dürfen und die im Maßnahmenprogramm nach § 82 aufgeführt werden und

4. die Auswirkungen der Umstände jährlich überprüft und praktisch geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den vorherigen Gewässerzustand vorbehaltlich der in § 29 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Gründe so bald wie möglich wiederherzustellen.

(2) Wird bei einem oberirdischen Gewässer der gute ökologische Zustand nicht erreicht oder verschlechtert sich sein Zustand, verstößt dies nicht gegen die Bewirtschaftungsziele nach den §§ 27 und 30, wenn

1. dies auf einer neuen Veränderung der physischen Gewässereigenschaften oder des Grundwasserstands beruht,

2. die Gründe für die Veränderung von übergeordnetem öffentlichen Interesse sind oder wenn der Nutzen der neuen Veränderung für die Gesundheit oder Sicherheit des Menschen oder für die nachhaltige Entwicklung größer ist als der Nutzen, den die Erreichung der Bewirtschaftungsziele für die Umwelt und die Allgemeinheit hat,

3. die Ziele, die mit der Veränderung des Gewässers verfolgt werden, nicht mit anderen geeigneten Maßnahmen erreicht werden können, die wesentlich geringere nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben, technisch durchführbar und nicht mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden sind und

4. alle praktisch geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um die nachteiligen Auswirkungen auf den Gewässerzustand zu verringern.

Bei neuen nachhaltigen Entwicklungstätigkeiten des Menschen im Sinne des § 28 Nummer 1 ist unter den in Satz 1 Nummer 2 bis 4 genannten Voraussetzungen auch eine Verschlechterung von einem sehr guten in einen guten Gewässerzustand zulässig.

(3) Für Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 gilt § 29 Absatz 2 Satz 2 entsprechend.

§ 38 Gewässerrandstreifen

(1) Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen.

(2) Der Gewässerrandstreifen umfasst das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante.

(3) Der Gewässerrandstreifen ist im Außenbereich fünf Meter breit. Die zuständige Behörde kann für Gewässer oder Gewässerabschnitte

1. Gewässerrandstreifen im Außenbereich aufheben,
2. im Außenbereich die Breite des Gewässerrandstreifens abweichend von Satz 1 festsetzen,
3. innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Gewässerrandstreifen mit einer angemessenen Breite festsetzen.

Die Länder können von den Sätzen 1 und 2 abweichende Regelungen erlassen.

(4) Eigentümer und Nutzungsberechtigte sollen Gewässerrandstreifen im Hinblick auf ihre Funktionen nach Absatz 1 erhalten. Im Gewässerrandstreifen ist verboten:

1. die Umwandlung von Grünland in Ackerland,
2. das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, ausgenommen die Entnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, sowie das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern,
3. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln, soweit durch Landesrecht nichts anderes bestimmt ist, und der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in und im Zusammenhang mit zugelassenen Anlagen,
4. die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können.

§ 29 Gewässerrandstreifen (zu § 38 WHG)

(1) Der Gewässerrandstreifen ist im Außenbereich zehn Meter und im Innenbereich fünf Meter breit. Ausgenommen sind Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Im Außenbereich kann die Wasserbehörde und im Innenbereich die Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde durch Rechtsverordnung

1. breitere Gewässerrandstreifen festsetzen, soweit dies zur Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen der Gewässer erforderlich ist,
2. schmalere Gewässerrandstreifen festsetzen, soweit dies mit den Grundsätzen des § 38 WHG vereinbar ist und Gründe des Wohls der Allgemeinheit nicht entgegenstehen.

(2) In den Gewässerrandstreifen sind Bäume und Sträucher zu erhalten, soweit die Beseitigung nicht für den Ausbau oder die Unterhaltung der Gewässer, zur Pflege des Bestandes oder zur Gefahrenabwehr erforderlich ist.

(3) § 38 Absatz 4 WHG ist mit den Maßgaben anzuwenden, dass in den Gewässerrandstreifen ebenfalls verboten sind

1. der Einsatz und die Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, ausgenommen Wundverschlussmittel zur Baumpflege und Wildbisschutzmittel, in einem Bereich von fünf Metern,
2. die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind und
3. die Nutzung als Ackerland in einem Bereich von fünf Metern ab dem 1. Januar 2019; hiervon ausgenommen sind die Anpflanzung von Gehölzen mit Ernteintervallen von mehr als zwei Jahren sowie die Anlage und der umbruchlose Erhalt von Blühstreifen in Form von mehrjährigen nektar- und pollenspendenden Trachtflächen für Insekten.

(4) § 38 Absatz 5 WHG findet auf Absatz 2 und Absatz 3 entsprechende Anwendung. Im Innenbereich trifft die Entscheidungen die Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde.

(5) Werden Eigentümern oder anderen Nutzungsberechtigten nach den Absätzen 2 und 3 Anforderungen auferlegt, durch die sie unverhältnismäßig oder im Verhältnis

Zulässig sind Maßnahmen, die zur Gefahrenabwehr notwendig sind. Satz 2 Nummer 1 und 2 gilt nicht für Maßnahmen des Gewässerausbaus sowie der Gewässer- und Deichunterhaltung.

(5) Die zuständige Behörde kann von einem Verbot nach Absatz 4 Satz 2 eine widerrufliche Befreiung erteilen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern oder das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden, insbesondere um zu gewährleisten, dass der Gewässerrandstreifen die in Absatz 1 genannten Funktionen erfüllt.

§ 40 Träger der Unterhaltungslast

(1) Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer obliegt den Eigentümern der Gewässer, soweit sie nicht nach landesrechtlichen Vorschriften Aufgabe von Gebietskörperschaften, Wasser- und Bodenverbänden, gemeindlichen Zweckverbänden oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ist. Ist der Gewässereigentümer Träger der Unterhaltungslast, sind die Anlieger sowie diejenigen Eigentümer von Grundstücken und Anlagen, die aus der Unterhaltung Vorteile haben oder die Unterhaltung erschweren, verpflichtet, sich an den Kosten der Unterhaltung zu beteiligen. Ist eine Körperschaft nach Satz 1 unterhaltungspflichtig, können die Länder bestimmen, inwieweit die Gewässereigentümer, die in Satz 2 genannten Personen, andere Personen, die aus der Unterhaltung Vorteile haben, oder sonstige Eigentümer von Grundstücken im Einzugsgebiet verpflichtet sind, sich an den Kosten der Unterhaltung zu beteiligen.

zu anderen ungleich und unzumutbar belastet werden, so ist dafür Entschädigung zu leisten. § 96 WHG gilt entsprechend.

(6) Dem Land oder der Gemeinde als Träger der Unterhaltungslast nach § 32 Absatz 1 und 2 steht ein Vorkaufsrecht an Grundstücken zu, auf denen sich Gewässerrandstreifen zu öffentlichen Gewässern befinden. Befindet sich der Gewässerrandstreifen nur auf einem Teil des Grundstücks, so erstreckt sich das Vorkaufsrecht nur auf diese Teilfläche. Der Eigentümer kann die Übernahme der Restfläche verlangen, wenn es ihm wirtschaftlich nicht zuzumuten ist, diese Restfläche zu behalten. Das Vorkaufsrecht besteht nicht beim Kauf von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz und von Erbbaurechten. Es darf nur ausgeübt werden, wenn dies zum Schutz des öffentlichen Gewässers erforderlich ist. Es darf nicht ausgeübt werden bei einem Verkauf an Ehegatten, eingetragene Lebenspartner oder Verwandte ersten Grades. Das Vorkaufsrecht geht anderen landesrechtlichen Vorkaufsrechten sowie rechtsgeschäftlichen Vorkaufsrechten vor und bedarf nicht der Eintragung in das Grundbuch. Es ist nicht übertragbar. Besteht ein Vorkaufsrecht nach Satz 1 und 4, hat der Verkäufer den Inhalt des Kaufvertrags unverzüglich dem Vorkaufsberechtigten mitzuteilen; die Mitteilung des Verkäufers wird durch die Mitteilung des Käufers ersetzt. Wird das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt, bescheinigt der Mitteilungsempfänger auf Antrag bis zum Ablauf der Ausübungsfrist die Nichtausübung oder das Nichtbestehen des Vorkaufsrechts. Die §§ 463 bis 468, § 469 Absatz 2 Satz 1, §§ 471 und 1098 Absatz 2 sowie §§ 1099 bis 1102 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind anzuwenden.

§ 32 Träger der Unterhaltungslast (zu § 40 WHG)

(1) Die Unterhaltung der Gewässer erster Ordnung, ausgenommen Bundeswasserstraßen, ist Aufgabe des Landes. Sie obliegt den Landesbetrieben Gewässer.

(2) Die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung obliegt den Gemeinden. Abweichend hiervon obliegt die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung, die in der Anlage 3 zu diesem Gesetz aufgeführt sind, und der nach bisheriger Rechtslage dazu gehörenden Anlagen dem Land, wobei weitere gesetzlich an der Unterhaltungslast anknüpfende Verpflichtungen für diese Gewässer und Anlagen nicht beim Land liegen.

(3) Die Unterhaltung der privaten Gewässer obliegt dem Eigentümer des Gewässerbettes.

(4) Das Land, eine sonstige Gebietskörperschaft, ein Zweckverband oder ein Wasser- und Bodenverband können abweichend von den Absätzen 1 bis 3 durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Unterhaltungslast überneh-

(2) Die Unterhaltungslast kann mit Zustimmung der zuständigen Behörde auf einen Dritten übertragen werden.

(3) Ist ein Hindernis für den Wasserabfluss oder für die Schifffahrt oder eine andere Beeinträchtigung, die Unterhaltungsmaßnahmen nach § 39 erforderlich macht, von einer anderen als der unterhaltungspflichtigen Person verursacht worden, so soll die zuständige Behörde die andere Person zur Beseitigung verpflichten. Hat die unterhaltungspflichtige Person das Hindernis oder die andere Beeinträchtigung beseitigt, so hat ihr die andere Person die Kosten zu erstatten, soweit die Arbeiten erforderlich waren und die Kosten angemessen sind.

(4) Erfüllt der Träger der Unterhaltungslast seine Verpflichtungen nicht, so sind die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten auf seine Kosten durch das Land oder, sofern das Landesrecht dies bestimmt, durch eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 durchzuführen. Satz 1 gilt nicht, soweit eine öffentlich-rechtliche Körperschaft Träger der Unterhaltungslast ist.

[...]

§ 82 Maßnahmenprogramm

(1) Für jede Flussgebietseinheit ist nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 ein Maßnahmenprogramm aufzustellen, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31, 44 und 47 zu erreichen. Die Ziele der Raumordnung sind zu beachten; die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind zu berücksichtigen.

(2) In das Maßnahmenprogramm sind grundlegende und, soweit erforderlich, ergänzende Maßnahmen aufzunehmen; dabei ist eine in Bezug auf die Wassernutzung kosteneffiziente Kombination der Maßnahmen vorzusehen.

[...]

men. Vereinbarungen, an denen das Land nicht beteiligt ist, bedürfen der Zustimmung der Wasserbehörde.

(5) Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 gelten nicht für Bewässerungs- und Entwässerungsgräben von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Die Unterhaltung dieser Gräben obliegt, soweit am Gewässerbett Privateigentum besteht, dem Eigentümer, sonst den Anliegern. Verpflichtungen anderer bleiben unberührt.

(6) Der Träger der Unterhaltungslast besichtigt regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, nach vorheriger Unterrichtung der Wasserbehörde die Gewässer einschließlich ihrer Ufer und des für den Hochwasserschutz und die ökologische Funktion des Gewässers erforderlichen Gewässerumfelds. Ausgenommen sind Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung. Die Besichtigung kann auf wesentliche Teile eines Gewässers beschränkt werden. Der Träger der Unterhaltungslast dokumentiert die bei der Besichtigung festgestellten Mängel, insbesondere im Hinblick auf den Wasserabfluss und den ökologischen Zustand des Gewässers, und übermittelt diese der Wasserbehörde.

§ 80 Wasserbehörden

(1) Der Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes, des Abwasserabgabengesetzes, der §§ 20 bis 23 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) bei Vorhaben nach den Nummern 19.3, 19.8 und 19.9 der Anlage 1 zum UVPG und der Vollzug dieses Gesetzes sowie der sonstigen wasserrechtlichen Vorschriften obliegt, soweit nichts anderes bestimmt ist, den Wasserbehörden.

(2) Wasserbehörden sind

1. das Umweltministerium als oberste Wasserbehörde,
2. die Regierungspräsidien als höhere Wasserbehörden,
3. die unteren Verwaltungsbehörden (§ 15 Landesverwaltungsgesetz) als untere Wasserbehörden.

§ 82 Sachliche Zuständigkeit

(1) Die untere Wasserbehörde ist sachlich zuständig, sofern nichts anderes bestimmt ist. Ist die Gebietskörperschaft, für deren Bezirk die untere Wasserbehörde zuständig ist, selbst beteiligt, bedarf die Entscheidung der Zustimmung der höheren Wasserbehörde, wenn gegen das Vorhaben Einwendungen erhoben werden. Die Gebietskörperschaft ist nicht allein dadurch selbst beteiligt, dass sie gegen das Vorhaben Einwendungen erhebt. Für die Erhebung des Wasserentnahmeentgelts und der Abwasserabgabe ist die untere Wasserbehörde zuständig. Zuständige Behörden im Sinne des § 26 Absatz 1 des Wassersicherstellungsgesetzes und § 14 Absatz 3 des Bundeswasserstraßengesetzes sind die unteren Wasserbehörden.

[...]

wbw-fortbildung.de

lubw.baden-wuerttemberg.de